EU vor Bewährungsprobe – Was erwarten, worum sorgen sich die Bürger?

Eine repräsentative 8-Länderstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung, durchgeführt von policy matters

politik für europa
#2017 plus

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

politik für europa
#2017 plus

EIN PROJEKT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG
IN DEN JAHREN 2015 BIS 2017

Europa braucht Soziale Demokratie!

Warum wollen wir eigentlich Europa? Können wir den Bürger_innen die Chancen einer gemeinsamen sozialen Politik, einer starken Sozialen Demokratie in Europa aufzeigen? Das ist das Ziel des neuen Projekts der Friedrich-Ebert-Stiftung »Politik für Europa«. Zu zeigen, dass die europäische Integration demokratisch, wirtschaftlich-sozial und außenpolitisch zuverlässig gestaltet werden kann. Und muss!
Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

– Demokratisches Europa
– Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa
– Außen- und Sicherheitspolitik in Europa

In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen in den Jahren 2015 bis 2017 wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen: Wir setzen bei den Sorgen der Bürger_innen an, identifizieren mit Entscheidungsträger_innen Positionen und machen alternative Politikansätze transparent. Wir debattieren mit Ihnen über eine »Politik für Europa«!
Weitere Informationen zum Projekt erhalten Sie hier:
http://www.fes.de/de/politik-fuer-europa-2017plus/

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch
– Politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
– Politikberatung
– Internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
– Begabtenförderung
– das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Über den Autor dieser Ausgabe

Richard Hilmer ist Geschäftsführer und Gründer von policy matters – Gesellschaft für Politikforschung und Politikberatung mbH – und ist einer der renommiertesten Meinungsforscher Deutschlands.

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

Dr. Michael Bröning, Referatsleiter Internationale Politikanalyse.

Redaktion: Arne Schildberg, Referent für Europapolitik,
Redaktionsassistenz: Sabine Dörfler

INHALT

3 **1. Einleitung: Europa vor neuen Herausforderungen – Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger**

4 **2. Unterschiedliche ökonomische Ausgangsbedingungen**

5 **3. Sorgen der Bürgerinnen und Bürger in den acht EU-Ländern**

7 **4. Lösungskompetenz**

8 **5. Allgemeine Haltung zur EU**

10 **6. Assoziationen zur EU**

12 **7. Welches Europa?**

14 **8. Was soll eher auf nationalstaatlicher, was eher auf EU-Ebene geregelt werden?**

17 **9. Entscheidungsbefugnisse**

18 **10. Vertrauen zwischen den EU-Staaten – und ins eigene Land**

20 **11. Rechtspopulistische Tendenzen in Europa**

21 **12. Fazit: Der Weg der europäischen Integration wird ein steiniger sein**

22 **Literaturverzeichnis**

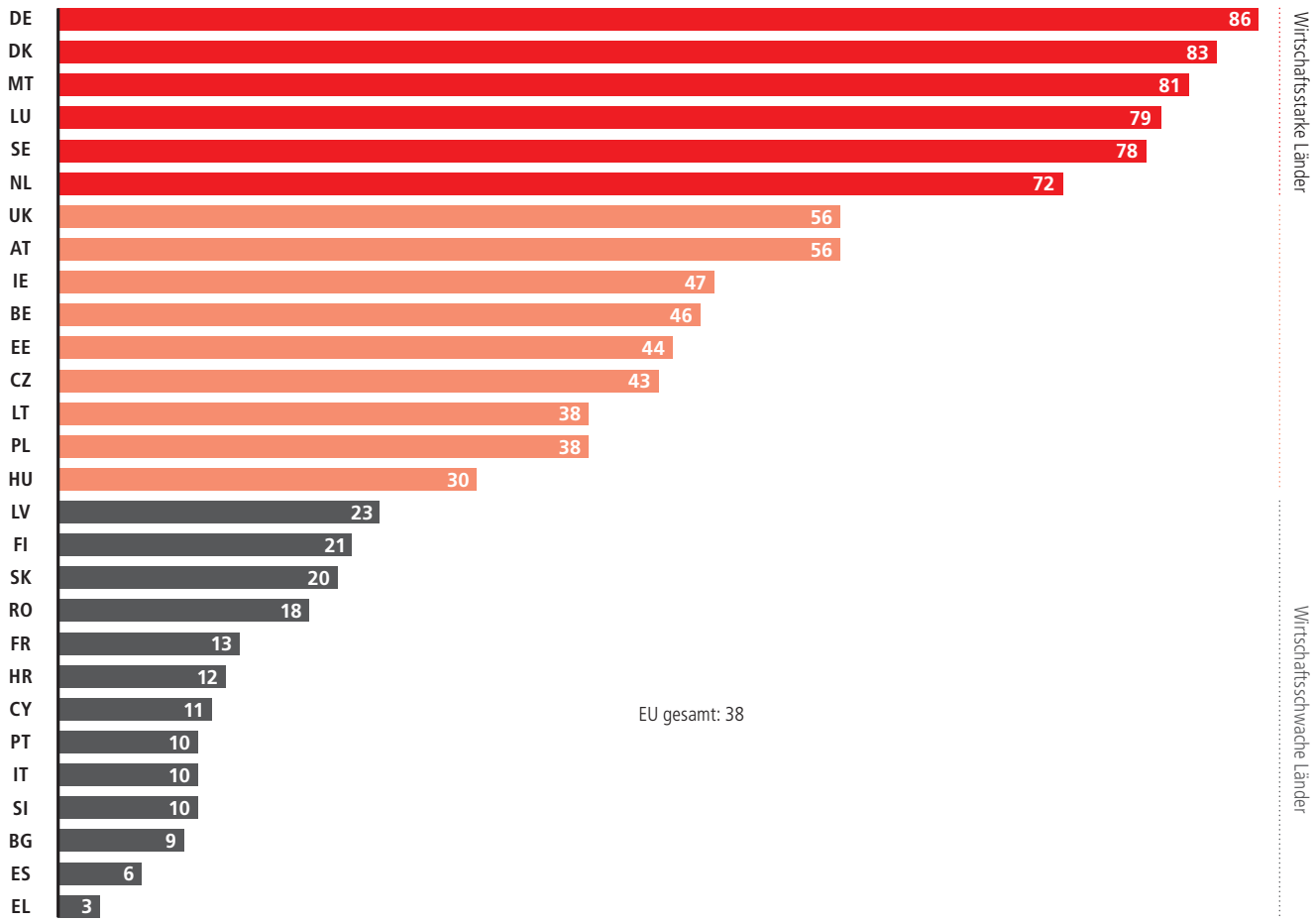
IN KÜRZE

- Grundlage des Berichts sind Befunde aus einer repräsentativen 8-Länder-Studie, die *policy matters* im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchführte.
- Im Rahmen dieser Studie fanden Befragungen in Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Spanien, Schweden sowie in der Tschechischen und Slowakischen Republik statt.
- Die Europäische Union steht vor großen Herausforderungen durch die Wirtschafts-, Finanz- und Eurokrise, sowie durch außenpolitische Spannungen in der Ukraine und in der arabischen Welt und nicht zuletzt durch die Flüchtlingskrise. Um die Reaktion der Bürgerinnen und Bürger auf diese für Europa so schwierige Situation zu erfahren, führte policy matters im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung repräsentative Befragungen in acht EU-Ländern durch.
- So unterschiedlich die einzelnen Länder von den verschiedenen Krisen betroffen sind, so heterogen fielen die Reaktionen der Befragten aus. Die Sorgen sind durchweg groß, deren Ursachen unterscheiden sich zum Teil allerdings erheblich. Die Bürgerinnen und Bürger aus dem mediterranen Raum treiben vor allem Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung ihres Landes und die Situation am Arbeitsmarkt um. In den wirtschaftlich starken Ländern überwiegt dagegen eher die Staatsverschuldung im eigenen Land oder in anderen Mitgliedsländern.
- Die EU wird allerdings nicht per se in Frage gestellt. Im Gegenteil: Es gibt eine Reihe von Aufgaben, die man eher auf europäischer Ebene geregelt wissen will. Dies gilt vor allem für die Außen- und Sicherheitspolitik, dies gilt aber auch für die Besteuerung globaler Unternehmen, den Datenschutz, die Energiepolitik und für die Flüchtlingspolitik – allerdings mit einer wesentlichen Einschränkung: Die Bürgerinnen und Bürger in den neuen osteuropäischen Mitgliedsländern sperren sich hier vehement gegen eine europäische Regelung.
- Allen gemeinsam ist die Furcht vor außen- und sicherheitspolitischen Verwerfungen in der Nachbarschaft der EU und vor deren Folge: der massenhaften Zuwanderung von Flüchtlingen aus den Krisenregionen der Welt. Dass diese Furcht dort am größten ist, wo die Zuwanderung am niedrigsten ist – in der Tschechischen und der Slowakischen Republik –, macht das Ringen um ein einheitliches Vorgehen in der Flüchtlingspolitik keineswegs einfacher.
- Die anhaltende Wirtschaftskrise in vielen EU-Ländern hat auch zu einem Ansehensverlust der EU geführt, vor allem zur Erosion der Überzeugung, die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU sei nicht zuletzt ein Garant für ökonomische Stärke und breiten Wohlstand. Geschwunden ist auch die Überzeugung, dass die Mitgliedschaft in der EU vor allem Vorteile bringe. Bürgerinnen und Bürger in fünf der acht Länder verbinden mit der EU heute eher Nachteile als Vorteile, eine Furcht, die insbesondere Angehörige der unteren sozialen Schicht in den jeweiligen Mitgliedsstaaten teilen. Entsprechend gering ist die Bereitschaft, weitere Kompetenzen in Richtung EU und zu Lasten der nationalen Regierungen zu verlagern, schon gar nicht im sozialen Bereich.
- Die divergente wirtschaftliche Entwicklung in den Mitgliedsländern blieb auch nicht ohne Auswirkung auf das interne Machtgefüge der EU. Das erstarkte Deutschland gewann an Bedeutung und Einfluss, vor allem – aber nicht nur – in ökonomischer Hinsicht. Damit scheinen aber die Bürger der anderen Länder kein Problem zu haben, denn das Vertrauen in Deutschland ist groß, in der Regel sogar größer als in das eigene Land. Nur in Italien ist der Bedeutungsgewinn der Deutschen von ausgeprägtem Misstrauen begleitet; darin sind sich offenbar Bevölkerung und politische Führung einig.

1. EINLEITUNG: EUROPA VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN – REAKTIONEN DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Bis 2008 kannte die europäische Integration ökonomisch im Wesentlichen nur eine Richtung: Es ging für alle Mitgliedsstaaten wirtschaftlich aufwärts – wenn auch mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten – und der Integrationsprozess schritt zügig voran. Mit der Banken- und Wirtschaftskrise veränderte sich diese Situation grundlegend. Die Krise war für alle Länder spürbar, mögen auch die Auswirkungen unterschiedlich dramatisch gewesen sein. In der Folgezeit bildete sich aber in wirtschaftlicher Hinsicht eine Art Dreiklassengesellschaft innerhalb der EU heraus. Eine Handvoll Länder überwand die Wirtschaftskrise erstaunlich schnell, darunter Schweden, Dänemark, die Niederlande, Luxemburg und allen voran Deutschland. Andere Länder haben nach wie vor mit den Folgen der Krise zu kämpfen und suchen den Weg zurück in die Erfolgsspur, darunter Großbritannien, Österreich und Polen. In einer dritten Gruppe verschärfte sich die wirtschaftliche Rezession, einige Länder drohten bzw. drohen weiterhin unter einer steigenden Schuldenlast zusammenzubrechen, darunter Irland, Spanien, Portugal und vor allem Griechenland. Aber auch die beiden Gründungsmitglieder Frankreich und Italien leiden nach wie vor unter einer stagnierenden Wirtschaft. Die Folge: Noch nie wurden (laut Daten des Eurobarometers aus dem Frühjahr 2015) die Ausgangssituation und die Entwicklungschancen in den EU-Mitgliedsstaaten von den Bürgerinnen und Bürgern so unterschiedlich bewertet wie in den letzten Jahren.

Abbildung 1
Bewertung der nationalen Wirtschaftslage (»sehr gut/gut«)



Frage: Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den folgenden Bereichen? Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft
Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen den Kategorien »eher schlecht«, »sehr schlecht« und »weiß nicht«

Quelle: Standard Eurobarometer 83 / Frühjahr 2015

Die Situation hat sich zwar mittlerweile wieder deutlich entspannt, eher noch zugenommen aber haben die politischen Verwerfungen, wie die Ergebnisse der letzten Europawahl drastisch veranschaulichten. Seinerzeit gewannen rechts- aber auch linkspopulistische Parteien mit EU-kritischen bis -feindlichen Programmen erheblich an Zulauf. In Frankreich, Großbritannien und Dänemark lagen Front National (FN), UK Independence Party (UKIP) und die Dansk Folkeparti (DF) am

Ende sogar vor den etablierten Parteien. Sie profitierten von einer in weiten Bevölkerungsschichten verbreiteten Verunsicherung hinsichtlich der Bedeutung der EU. Aus früherer Ignoranz der EU gegenüber – ausgedrückt in extrem niedriger Wahlbeteiligung – wurde zunehmend Ablehnung. Diese Entwicklung ging auch nicht spurlos an den sozialdemokratischen Parteien vorbei, wenn auch die Auswirkungen sehr unterschiedlich ausfielen. In Griechenland fiel die Panellinio Sosialistiko Kinima (PASOK) ins Bodenlose, während in Italien die Partito Democratico (PD) unter Matteo Renzi einen bemerkenswerten Aufschwung erlebte. In Deutschland hielt sich bei der Europawahl 2014 die Abwanderung von Wählern der SPD in Richtung Alternative für Deutschland (AfD) noch in Grenzen, während bei den folgenden Regionalwahlen die rechtspopulistische AfD deutlich an Stimmen zulegen konnte, diesmal auch stärker zu Lasten der SPD.

Das Erstarken europakritischer Kräfte ist nicht nur ein Problem für die etablierten Parteien, es erschwert auch die Arbeit der EU-Gremien und belastet zudem den Integrationsprozess, zumal der dramatische Anstieg der Flüchtlingsströme aus der arabischen Welt und Ost-Europa die Solidarität der Mitgliedsstaaten zusätzlich fordert. In Teilen der Bevölkerung sind vor diesem Hintergrund die nationalen Abschottungstendenzen gewachsen. Hinzu kommen die jüngsten Spannungen an den östlichen Grenzen der EU, die zwar die Bedeutung der EU für Freiheit und wirtschaftlichen Wohlstand für die Mitgliedsstaaten unterstreichen, aber auch die unterschiedlichen Interessenslagen der Mitgliedsstaaten stärker zutage treten lassen. Jüngste europaweite Erhebungen deuten dann einerseits auch auf eine wieder positivere Bewertung der EU, andererseits auf einen nach wie vor starken Zulauf für europakritische Parteien hin.

Vor diesem Hintergrund gab die Friedrich-Ebert-Stiftung eine repräsentative Befragung in Auftrag, um verlässliche Einsichten darüber zu gewinnen, welche »Erwartungen und Befürchtungen die Bevölkerung in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten bezüglich des Europäischen Integrationsprozesses hegt«. Insbesondere sollte herausgearbeitet werden, in welchen Bereichen eine Vertiefung der Europäischen Integration erwünscht ist, und wo eher – vielleicht sogar verstärkt – nationale Problemlösungen gefordert werden. Ein besonderer Fokus der Befragung liegt dabei auf der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die sich im Zuge der Krise in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich entwickelt hat.

Zu diesem Zweck wurden in Deutschland und weiteren sieben EU-Staaten repräsentative Erhebungen durchgeführt.

Ausgewählt wurden neben Deutschland drei weitere Gründungsmitglieder der EU – Frankreich, Italien und die Niederlande –, zwei im späteren Verlauf beigetretene westliche Länder – Spanien (Beitritt 1986) und Schweden (Mitglied seit 1995) – sowie, als Vertreter der 2004 in die EU aufgenommenen osteuropäischen Länder, die Tschechische und die Slowakische Republik.

In fünf dieser acht Länder stehen sozialdemokratische Parteien an der Spitze der Regierung (Frankreich, Italien und Schweden sowie die Tschechische und Slowakische Republik), in zwei Ländern – Deutschland und den Niederlanden – sind sozialdemokratische Parteien zwar Teil der Regierung, sie werden aber von einer Konservativen bzw. einem Liberalen regiert. In Spanien, dem einzigen Erhebungsland ohne sozialdemokratische Regierungsbeteiligung, stand zum Zeitpunkt der Erhebung eine konservative Partei an der Spitze der Regierung.

Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen sind dabei äußerst unterschiedlich: Mit Deutschland, Schweden und den Niederlanden sind drei Länder mit – aus Sicht der eigenen Bevölkerung – sehr guten Ausgangsbedingungen vertreten, mit Frankreich, Italien und Spanien dagegen drei Länder mit eher schlechten wirtschaftlichen Bedingungen. Die Tschechische und die Slowakische Republik rangieren jeweils im ökonomischen Mittelfeld.

2. UNTERSCHIEDLICHE ÖKONOMISCHE AUSGANGSBEDINGUNGEN

Ungeachtet der wirtschaftlichen Turbulenzen der letzten Jahre lassen sich die EU-Staaten immer noch als Mittelstandsgesellschaften bezeichnen – zumindest was die Selbsteinstufung der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in den acht Erhebungsländern betrifft. Sie wurden gebeten, zur besseren sozialen Verortung ihren empfundenen gesellschaftlichen Status anzugeben.[1] Knapp zwei Drittel der Befragten stuften sich als Angehörige der Mittelschicht ein, bei nur geringen Varianzen zwischen den Ländern. Größere Unterschiede zeigen sich allerdings bei der Selbstverortung in die obere und untere soziale Ebene. In vier der sechs westeuropäischen Länder – neben Deutschland noch die Niederlande, Frankreich und Schweden – ordnen sich deutlich mehr Bürgerinnen und Bürger der oberen als der unteren gesellschaftlichen Schicht zu. Anders in den südlichen Ländern Italien und Spanien, in denen sich doppelt bzw. dreimal so viele Bürgerinnen und Bürger im unteren gesellschaftlichen Segment einstufen wie im oberen. Eine noch stärker ausgeprägte soziale Unwucht zeigt sich in der tschechischen und slowakischen Bevölkerung. In der Tschechischen Republik fühlen sich 31 Prozent, in der Slowakischen Republik sogar 34 Prozent eher der unteren gesellschaftlichen Schicht zugehörig, ein Anteil, den nur noch Spanien mit 28 Prozent annähernd erreicht. Als Angehörige der oberen Gesellschaftsschicht sehen sich in den beiden osteuropäischen Ländern dagegen nur sieben bzw. sechs Prozent der Bevölkerung.

Die durch die Finanzkrise 2008 ausgelöste Wirtschaftskrise hat eine gewisse Verunsicherung zur Folge, die sich in der subjektiven Wahrnehmung der eigenen Situation widerspiegelt. Danach befragt, inwieweit sich die Befragten in ihrem Leben abgesichert fühlen, gab nur gut ein Drittel an, gut abgesichert zu sein. 45 Prozent fühlten sich einigermaßen und weitere 16 Prozent ausgesprochen schlecht abgesichert. Der Grad an empfundener Sicherheit korrespondiert dabei nur partiell mit der wahrgenommenen wirtschaftlichen Lage in den Ländern. In Schweden und in den Niederlanden fühlen sich mehr als die Hälfte der Bevölkerung (52 bzw. 51 Prozent) gut abgesichert, in Deutschland – ungeachtet der besseren

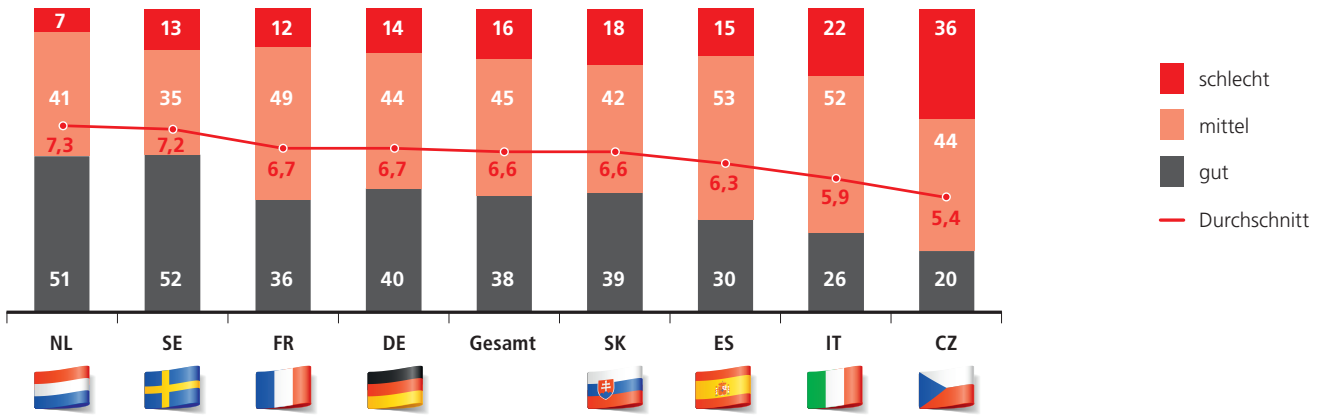
1 Den Befragten stand dafür eine 10-stufige Skala zur Verfügung, wobei »1« bedeutete, dass sich die Befragten in der gesellschaftlichen Hierarchie »ganz unten« einstuften, der Skalenpunkt »10« steht für »ganz oben«.

wirtschaftlichen Ausgangslage – nur 40 Prozent und damit ebenso viele wie im Nachbarland Frankreich, das nach wie vor mit erheblichen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hat. Am schlechtesten abgesichert fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger in der Tschechischen Republik (36 Prozent) gefolgt von Italien (22 Prozent). Die Slowaken fühlen sich, trotz schwieriger Wirtschaftslage, dagegen vor sozialem Abstieg ähnlich gut geschützt wie Deutsche und Franzosen.

3. SORGEN DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER IN DEN ACHT EU-LÄNDERN

Die letzten Jahre waren geprägt von einer Reihe von Krisen, von denen auch die EU-Staaten direkt oder zumindest indirekt betroffen waren. Dies ist nicht ohne Auswirkung auf die Grundstimmung in der europäischen Bevölkerung geblieben. Die Bürgerinnen und Bürger sehen ihre Länder vor erhebliche

Abbildung 2
Persönliche Situation – Absicherung
Niederländer fühlen sich am meisten abgesichert, Tschechen am wenigsten



Frage: Zunächst zu Ihrer aktuellen Situation. Wie sehr fühlen Sie sich in Ihrem Leben abgesichert? Sagen Sie es mir bitte anhand einer Skala von 1–10, wobei »10« bedeutet, Sie fühlen sich voll und ganz abgesichert und »1« bedeutet, Sie fühlen sich ganz und gar nicht abgesichert.

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

Sozialer Status und die Einschätzung bezüglich der eigenen Absicherung korrespondieren erwartungsgemäß. So fühlt sich gut ein Drittel (37 Prozent) aller Befragten, die sich der Unterschicht zuordnen, schlecht abgesichert. Von den Vertretern der Oberschicht fühlen sich demgegenüber nur ganze fünf Prozent ungenügend abgesichert, und gut zwei Drittel (68 Prozent) befürchten keinen sozialen Abstieg. Dieses Muster gilt für alle acht Erhebungsländer, die Spreizung sozialer Absicherung[2] fällt jedoch von Land zu Land recht unterschiedlich aus. Am weitaus größten ist die Kluft in der Tschechischen Republik, wo der durchschnittliche Skalenwert für die Unterschicht mit 3,8 etwa halb so hoch ausfällt wie der der Oberschicht mit 7,7. Fast ebenso groß ist die schichtspezifische Differenz gefühlter Abstiegsgefährdung in Deutschland (Skalenwerte 4,3 : 7,9).

Probleme gestellt und machen sich Sorgen über die Entwicklung in zentralen politischen Bereichen. Unter den insgesamt sieben in dieser Studie erfassten Themenbereichen ist kein einziger, mit dem eine Mehrheit der Befragten keine Sorgen verbinden würde. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die seit dem Sommer 2015 sprunghaft angestiegene Zahl von Zuwanderern beunruhigen die Bürgerinnen und Bürger am meisten, jeweils 68 Prozent aller Befragten. Nicht sehr viel weniger Sorgen bereiten die wirtschaftliche Entwicklung des jeweiligen Landes (64 Prozent), die außenpolitische Situation und der gesellschaftliche Zusammenhalt (jeweils 63 Prozent) sowie die soziale Absicherung (62 Prozent). Die Sorge um die Stabilität des Euro, bis zum Sommer im Kontext der Griechenlandkrise noch eines der beherrschenden Themen, fällt dagegen vergleichsweise gering aus (51 Prozent). Dies kann als Beleg dafür gewertet werden, wie dynamisch die Konstellation in Europa geworden ist, in der eine Krise die nächste ablöst. Bereiche, die noch vor kurzem im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit standen, werden auf der Agenda binnen Wochen von neuen Themen und Problemen in den Hintergrund gedrängt, deren Lösung als noch dringender empfunden wird.

Das Sorgenpaket, das die EU-Bürgerinnen und Bürger gegenwärtig beschäftigt, ist in allen acht Ländern gewaltig, die Priorisierung differiert allerdings zum Teil erheblich. Manche Bereiche bereiten den Bürgern in allen Ländern fast

2 Die Befragten wurden gebeten, anhand einer 10er Skala anzugeben, wie stark sie sich in ihrem Leben abgesichert fühlen. Der Skalenwert »10« steht für »voll und ganz abgesichert«, und der Skalenwert »1« für »ganz und gar nicht gut abgesichert«. Daraus lassen sich drei Gruppen bilden: Die Skalenwerte 8–10 bedeuten eine gute Absicherung, die Werte 5–7 eine mittlere und die Werte 1–4 eine schlechte Absicherung. Aus den Angaben der Befragten lässt sich zudem ein Durchschnittswert als Index für die Absicherung verschiedener Bevölkerungsgruppen berechnen.

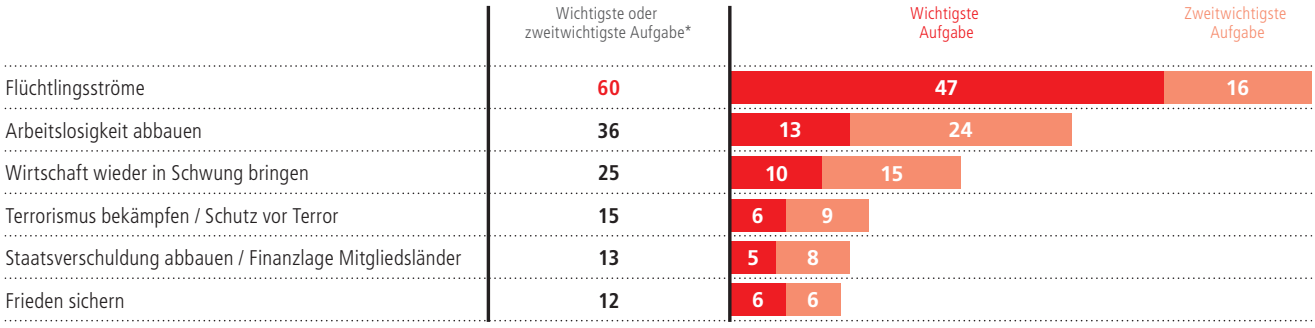
gleichermaßen Sorge, dazu gehören die außenpolitische Situation und der Zusammenhalt der Gesellschaft, die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme und die Zuwanderung von Flüchtlingen. Im Falle der Zuwanderung scheinen die Sorgen von den realen Bedingungen bisweilen abgekoppelt zu sein. In der Tschechischen und Slowakischen Republik, wo bislang nur eine sehr überschaubare Zahl von Zuwanderern Zuflucht fand, macht dies den Bürgern mehr zu schaffen als in den meisten übrigen Staaten. Drei von vier Befragten geben dort an, dass ihnen dieses Thema Sorge bereitet – ein deutlich höherer Anteil als in den beiden Hauptaufnahmeländern Deutschland und Schweden, wo sich »nur« 64 bzw. 57 Prozent besorgt äußern.

Weitaus deutlichere Unterschiede weist die Studie im Hinblick auf die ökonomische Situation auf, wobei sich auch hier eine »Dreiklassengesellschaft« abzeichnet. Über die künftige wirtschaftliche Entwicklung des eigenen Landes sind vor allem die Bürgerinnen und Bürger in Spanien (82 Prozent), in Italien (80 Prozent) und in Frankreich (75 Prozent) beunruhigt, also genau jene Bevölkerungen, die auch die momentane wirtschaftliche Lage ihres Landes als ausgesprochen negativ bewerten. Dort, wo die Wirtschaft als stark und stabil eingeschätzt wird, in Deutschland und in den Niederlanden, sieht man auch der weiteren Entwicklung weit entspannter entgegen: In beiden Ländern ist eine knappe Mehrheit auch in Hinblick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung im eigenen Land zuversichtlich. Die Tatsache, dass in der Bundesrepublik immerhin 44 Prozent und in den Niederlanden 46 Prozent wegen der wirtschaftlichen Entwicklung Anlass zur Sorge sehen, ist aber auch Hinweis dafür, dass bei manchem die Zuversicht langsam der Sorge weicht.

Über die Ländergrenzen hinweg sind einige soziostrukturelle Gemeinsamkeiten erkennbar. So bewerten die 18–29-Jährigen die Zukunft ihres Landes etwas zuversichtlicher als ihre älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger, Männer zeigen sich durchweg etwas weniger besorgt als Frauen. Die bei weitem markantesten Bewertungsunterschiede ergeben sich aber wiederum zwischen den gesellschaftlichen Schichten. Die Sorgen steigen umgekehrt proportional zur jeweiligen Einschätzung der gesellschaftlichen Stellung: je höher die Schichtzugehörigkeit, desto geringer die Sorgen. Am markantesten zeigt sich dies bei beiden ökonomischen Themenbereichen. Sozial Bessergestellte sorgen sich weit weniger als Angehörige unterer gesellschaftlicher Schichten um die Zukunft ihrer nationalen Wirtschaft (48 zu 80 Prozent) und um die Entwicklung auf dem heimischen Arbeitsmarkt (56 zu 80 Prozent). Auch im prosperierenden Deutschland wird in den unteren Schichten der Optimismus der Oberschicht weder in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung noch auf die am Arbeitsmarkt geteilt. Auch Angehörige der Mittelschicht bewerten die Arbeitsmarkperspektive unterschiedlich.

Die Möglichkeiten der Politik, all diese Probleme zu lösen, werden in allen Ländern gleichermaßen pessimistisch eingeschätzt. Länderübergreifend äußern hier sieben von zehn Bürgerinnen und Bürgern Zweifel. Am stärksten ausgeprägt sind diese Zweifel an der Lösungskompetenz der Politik in Italien und Spanien (jeweils 80 Prozent), das geringste Misstrauen gegenüber den Fähigkeiten der Politik weisen die Niederländer auf (62 Prozent). Ganz entscheidend dürfte zu diesem geringen Vertrauen in die Politik beitragen, dass sich die politischen Akteure speziell in der Flüchtlingspolitik besonders schwertun, trag- und konsensfähige Lösungen anzubieten. Sowohl hinsichtlich der Aufnahmebereitschaft von Flüchtlingen als auch deren Verteilung überwiegen auf europäischer Ebene nach wie vor die Differenzen.

Abbildung 3
Aufgabenprioritäten der EU
Flüchtlingspolitik mit Abstand wichtigstes Themenfeld, dem sich EU widmen sollte



Frage: Was sind aus Ihrer Sicht derzeit die wichtigsten Aufgaben, die die Europäische Union bewältigen muss?
Angaben in Prozent
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung
* Mehrfachnennung

Gerade der Flüchtlingspolitik kommt nach Einschätzung der Bürgerinnen und Bürger heute höchste Priorität zu. Auf die offen – also ohne Antwortvorgaben – gestellte Frage nach dem wichtigsten Problem, das die Europäische Union bewältigen muss, wird von knapp jedem zweiten Befragten das Problemfeld »Flüchtlinge« angeführt, weitere 13 Prozent sehen es als die zweitwichtigste Herausforderung an. Dabei fällt die Konnotation recht unterschiedlich aus: Die Erwartung einer »Eindämmung des Flüchtlingsstroms« wird hier deutlich vor der Forderung nach angemessener Unterbringung und Integration der Flüchtlinge genannt. Der Stellenwert der Flücht-

lingspolitik ist wiederum in den beiden Visegrád-Staaten Tschechien und Slowakei höher als in Deutschland und in Schweden, obwohl dort bislang nur ein verschwindend geringer Teil der in die EU geflüchteten Personen Zuflucht suchte.[3]

Mit deutlichem Abstand folgt als wichtigstes bzw. zweitwichtigstes Problem der Abbau von Arbeitslosigkeit mit insgesamt 36 Prozent der Nennungen. Die Forderung, dass sich die EU darum prioritär zu kümmern habe, kommt vor allem aus Frankreich (44 Prozent), Italien (45 Prozent) und aus Spanien, dem einzigen Land, in dem diesem Thema eine höhere Bedeutung beigemessen wird als dem Thema Zuwanderung (55 zu 32 Prozent).

An dritter Stelle auf der EU-Agenda rangiert die Erwartung, dass die Wirtschaft wieder in Schwung gebracht werden soll (25 Prozent Nennungen). Dass sich die EU stärker um dieses Thema kümmern soll, wird vor allem in Italien (42 Prozent) und Spanien (36 Prozent) erwartet. Es folgen die Forderungen nach Terrorbekämpfung[4] (15 Prozent), Entschuldung der Haushalte und Friedenssicherung (12 Prozent).

Interessanterweise spielen bei der Priorisierung der Aufgaben für die EU schichtspezifische Faktoren kaum eine Rolle. Das Thema Flüchtlinge rangiert in allen Schichten klar an erster Stelle, auch im Hinblick auf wirtschaftliche Herausforderungen gibt es kaum Unterschiede.

4. LÖSUNGSKOMPETENZ

Zu jedem als prioritär angeführten Problemfeld wurde nachgefragt, welcher Partei man denn am ehesten zutraue, mit genau diesem Problem fertigzuwerden. Zentraler Befund: Das Vertrauen verteilt sich recht breit über das gesamte Parteienspektrum. Die konservativen und sozialdemokratischen Volksparteien haben ihre frühere Dominanz eingebüßt.

Die Hoffnungen auf erfolgversprechende Lösungskonzepte bezüglich der von den EU-Bürgern als am wichtigsten genannten Aufgabe, die die Politik aktuell zu bewältigen hat – der Flüchtlingsfrage –, verteilen sich auf eine Vielzahl von Parteien. Das meiste Vertrauen schenken die Bürger hier länderübergreifend mit 17 Prozent den in der S&D-Fraktion zusammengeschlossenen sozialdemokratischen Parteien. Dieses Votum speist sich vor allem aus einem hohen Vertrauen in die slowakische sociálna demokracia (SMER), wobei auch den sozialdemokratischen Parteien in Deutschland, Italien, Schweden und Frankreich eine hohe Lösungskompetenz in diesem Politikfeld zugeschrieben wird. An zweiter Stelle folgen die in der EVP vereinten konservativen Parteien mit 13 Prozent, was vor allem auf das große Vertrauen in die CDU/CSU und die spanische Partido Popular (PP) zurückzuführen ist. Den Liberalen der ALDE-Fraktion schreiben hier sieben Prozent die höchste Lösungskompetenz zu, den Linken und den von den britischen Konservativen geführten EKR-Fraktion jeweils drei Prozent.

Die Brisanz dieses Themas zeigt sich insbesondere darin, dass immerhin elf Prozent in dieser Frage auf die ausländerfeindliche Position der von der französischen Front National dominierten »Europe des nations et des libertés«-Fraktion (ENF) vertrauen. Weitere sieben Prozent befürworten die in der Flüchtlingsfrage nicht minder harte Position der »Europa der Freiheit und der direkten Demokratie«-Fraktion (EFDD), angeführt von der britischen UKIP-Partei. Wer bei der Flüchtlingsthematik eher an Eindämmung denn an menschenwürdige Unterbringung denkt, setzt sogar noch etwas stärker auf rechtspopulistische Parteien. In Frankreich und in Schweden kommen die Front National und die Schwedendemokraten (SD) auf 45 bzw. 50 Prozent Kompetenzzuschreibung und damit auf mehr Zuspruch als alle anderen Parteien zusammen. Aber auch in den Niederlanden und in Italien wird den rechtspopulistischen Parteien – der Partij voor de Vrijheid (PVV) von Wilders und der Lega Nord – mehr Vertrauen zugesprochen als ihren politischen Wettbewerbern. In Deutschland kommt die AfD auf immerhin sechs Prozent.

Wer vor allem auf den Abbau von Arbeitslosigkeit pocht, setzt eher auf sozialdemokratische Parteien (19 Prozent) als auf Konservative (14 Prozent). Wem vor allem wirtschaftliche Belebung am Herzen liegt, tendiert hingegen stärker zur EVP (20 Prozent) als zur S&D (17 Prozent), wobei hier auch die Liberalen eine wichtige, in den Niederlanden und in Tschechien sogar die dominante Rolle spielen. Beim Thema Terrorismusbekämpfung genießen wiederum die Konservativen ein höheres Vertrauenspotenzial (16 Prozent) als die Sozialdemokraten (neun Prozent). Für die erfolgreiche Bekämpfung von Terrorismus setzen aber auch hier immerhin 16 Prozent auf die Rechtspopulisten der ENF- bzw. der EFDD-Fraktion. Selbst in puncto Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Förderung der Wirtschaft vertraut jeder Zehnte auf die Kompetenzen dieser politischen Kräfte.

Bleibt festzuhalten, dass in allen aufgeführten Politikfeldern etwa ein Drittel keine Partei ihres/seines Vertrauens benennen kann, da man entweder keiner Partei die Lösung dieser Probleme zutraut oder nur allen zusammen.

Allen Befragten wurde darüber hinaus die Frage gestellt, welche Partei die Interessen des eigenen Landes und welche Partei die Interessen der »Menschen wie Ihnen« am besten vertrete. In beiden Fällen wird länderübergreifend am ehesten den in der S&D-Fraktion zusammengeschlossenen sozialdemokratischen Parteien mehr Vertrauen entgegengebracht als anderen Parteien. Nationale Interessen sehen 18 Prozent am besten in den Händen sozialdemokratischer Parteien aufgehoben; auch hinsichtlich der Vertretung von Bürgerinteressen setzen 17 Prozent auf sozialdemokratische Parteien. Den konservativen Parteien wird allerdings mit 16 bzw. 14 Prozent nicht sehr viel weniger Vertrauen entgegengebracht. Relativ gut schneiden auch die liberalen Parteien ab, auf die acht Prozent aller Befragten sowohl bei der Vertretung der Interessen des Landes als auch von Bürgerinteressen vertrauen, gefolgt von den in der GUE/NGL-Fraktion zusammengeschlossenen sozialistischen bzw. kommunistischen Parteien mit fünf bzw. acht Prozent. Bemerkenswert hoch fällt auch hier das

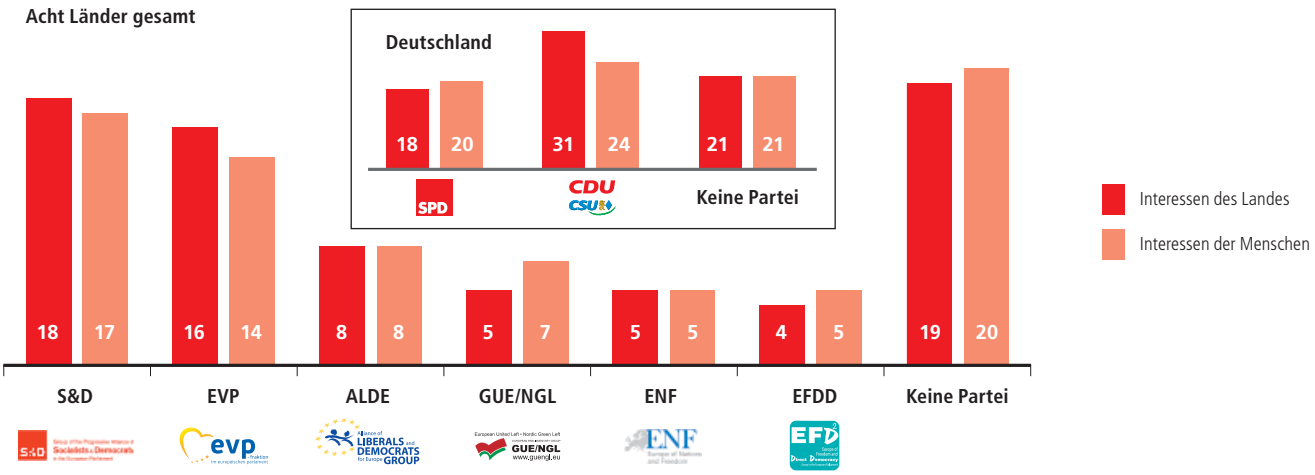
3 Ein vergleichbares Phänomen ist auch in Deutschland festzustellen: In Sachsen ist der Widerstand gegen die Aufnahme von Flüchtlingen stärker als in anderen Regionen, obwohl (oder weil) dort der Ausländeranteil in der Bevölkerung geringer ist als in den meisten anderen Bundesländern.

4 Was die Terrorbekämpfung betrifft, sei allerdings darauf hingewiesen, dass die Erhebung im Zeitraum von September bis Anfang Oktober 2015, also vor den Ereignissen im November in Paris durchgeführt wurde. Nach den IS-Attentaten dürfte dieses Thema an Brisanz gewonnen haben.

Vertrauen in rechtspopulistische Parteien aus. Beim Einsatz für nationale Interessen schenken neun Prozent den Parteien der EFDD- bzw. der ENF-Fraktion das meiste Vertrauen und hinsichtlich der Vertretung der eigenen Interessen sogar zehn Prozent, wobei hier die deutsche AfD noch gar nicht eingerechnet ist, da sie der EKR-Fraktion angehört. Vier von zehn Befragten vermochten aber weder bei der Vertretung nationaler Interessen noch bei der von »Menschen wie Ihnen« eine Partei zu benennen, der sie vertrauen. Explizit keiner Partei vertrauen vor allem Angehörige der Unterschicht.

man die Izquierda Unida (IU) hinzu, liegen linkssozialistische Parteien derzeit sogar höher in der Wählergunst (21 Prozent). Die Partido Socialista Obrero Español (PSOE) liegt hier mit elf (Vertretung der Landesinteressen) bzw. 14 Prozent (Vertretung der Bürgerinteressen) deutlich zurück. In den Niederlanden liegt die Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD) von Ministerpräsident Rutte mit 16 bzw. 13 Prozent knapp vor den politischen Mitkonkurrenten. Im rechtspopulistischen Lager können vor allem die Front National in Frankreich und die MoVimento 5 Stelle in Italien überzeugen. Letzterer

Abbildung 4
Vertretung nationaler und eigener Interessen in der EU
Insgesamt größtes Vertrauen in Sozialdemokratie, in Deutschland aber in die Union



Frage: Welche Partei vertritt Ihrer Meinung nach die Interessen Ihres Landes in der EU am besten?
Frage: Und welche Partei in Ihrem Land setzt sich Ihrer Meinung nach am besten für die Interessen von Menschen wie Ihnen in der EU ein?
Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe« und »sonstige Parteien«

Quelle: policy matters

In den einzelnen Ländern fallen die Antworten auch hier äußerst unterschiedlich aus. Für das sozialdemokratische Lager generiert die slowakische SMER das meiste Vertrauen. Bei der Vertretung nationaler Interessen liegt sie mit 32 Prozent – dem höchsten Wert aller Parteien –, bei den Bürgerinteressen mit 26 Prozent klar vor allen Mitkonkurrenten. Besser als ihre nationalen Parteikonkurrenten schneiden auch die sozialdemokratischen Parteien in Italien, Schweden und Frankreich ab, also in Ländern mit einem sozialdemokratischen Regierungschef an der Spitze. Einzige Ausnahme ist hier die Tschechische Republik, in der die Česká strana sociálně demokratická (ČSSD) jeweils in beiden Bereichen hinter der liberalen ANO 2011 rangiert. Im konservativen Lager nimmt die CDU/CSU eine Sonderrolle ein, vor allem im Hinblick auf die Vertretung der Landesinteressen. In dieser Hinsicht bindet sie das mit Abstand größte Vertrauen der Deutschen (31 Prozent), deutlich vor der mitregierenden SPD (18 Prozent). Die Belange der Bürger betreffend liegen Union und SPD mit 24 bzw. 20 Prozent fast gleichauf. Auch in Spanien glaubt eine relative Mehrheit von 25 Prozent die nationalen Belange bei der PP in den besten Händen. In Bezug auf die Bürgerinteressen liegt sie allerdings mit 17 Prozent nur gleichauf mit der neuen Gruppierung Podemos – nimmt

wird im Hinblick auf die Vertretung der Bürgerinteressen in gleichem Maße Vertrauen entgegengebracht wie der Regierungspartei Partito Democratico (PD) von Ministerpräsident Renzi. Auch die rechtsradikale Schwedenpartei bindet in bemerkenswertem Umfang das Vertrauen der schwedischen Wählerinnen und Wähler: im Hinblick auf nationale Interessen zwölf, in Bezug auf die Interessen der »Menschen wie ich« sogar 14 Prozent.

5. ALLGEMEINE HALTUNG ZUR EU

Die Gründung der Europäischen Union bzw. ihrer Vorgängerin, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, war begleitet von großen Hoffnungen. Der Gedanke einer erst wirtschaftlichen, später auch politischen, Integration durch eine kontinuierlich wachsende Zahl von europäischen Staaten verband sich nach dem Grauen zweier Weltkriege, die von Europa aus ihren Anfang nahmen, vor allem mit der Hoffnung auf Frieden und Stabilität in Europa. Immer war mit der Europäischen Union auch die Erwartung wirtschaftlicher Prosperität und von Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten verbunden. Hinzu kamen weitere konkrete, im Alltag der Bürgerinnen

und Bürger spürbare Vorteile wie die Freizügigkeit des Reisens und die Installation einer gemeinsamen Währung in den meisten Mitgliedsstaaten.

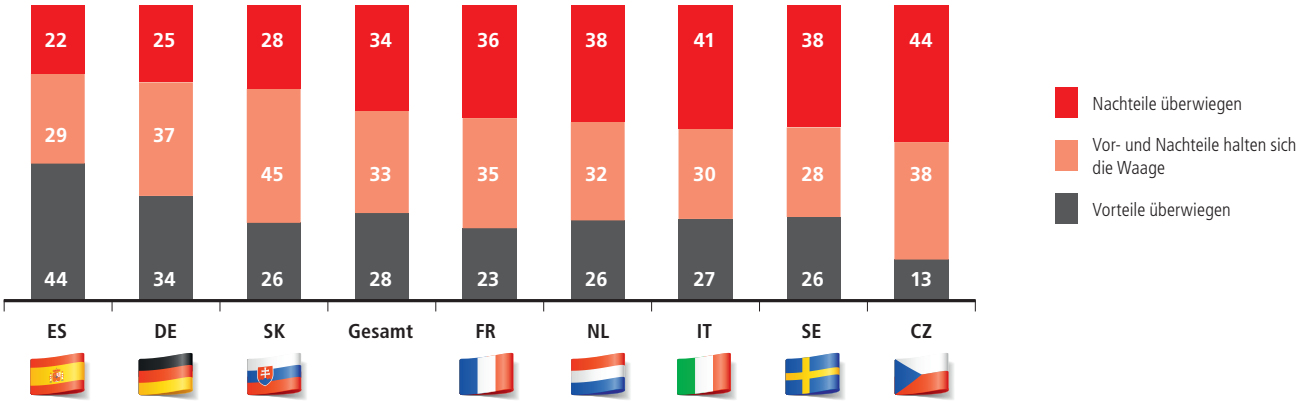
Der Prozess der europäischen Integration war aber auch immer begleitet von einer Reihe von Vorbehalten, die viele Bürgerinnen und Bürger mit der EU in Zusammenhang brachten. Hierzu gehörten die Sorge vor einem Verlust an Eigenständigkeit und die Besorgnis vor zu viel Bürokratie und Verschwendung. Unter dem Strich gab es – dies belegen die Zahlen des Eurobarometers – bei den Bürgererwartungen an die EU einen Hoffnungsüberschuss, auch wenn er unterschiedlich deutlich ausfiel. Dieser Grundoptimismus schlug erst im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise in eine mehrheitlich skeptische Haltung um. Neuere Daten des Eurobarometers weisen zwar eine Trendwende aus, dennoch überwiegt nach wie vor eine eher skeptische Grundhaltung.

Dies belegen auch die Befunde der vorliegenden 8-Länder-Studie. Über sämtliche Länder gesehen verbinden mehr Menschen Nachteile als Vorteile mit der Mitgliedschaft ihres Landes in der EU. Ein Drittel der Befragten (34 Prozent) gibt an, dass die Mitgliedschaft ihres Landes eher mit Nachteilen verbunden sei, ein gutes Viertel (28 Prozent) ist dagegen überzeugt, dass es davon profitiere. Ein Drittel ist der Meinung, dass sich die Vor- und Nachteile einer Mitgliedschaft die Waage halten.

große Mehrheit (44 Prozent) eine negative Bilanz, nur ganze 13 Prozent sind der Überzeugung, ihr Land profitiere von der EU-Mitgliedschaft. Mit ihrer eher kritischen Bilanz befinden sie sich im Einklang mit einer relativen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Schweden, Italien, den Niederlanden und auch in Frankreich. In der slowakischen Bevölkerung halten sich positive und negative Stimmen die Waage. Insgesamt eher positiv bilanzieren die EU-Mitgliedschaft ansonsten nur noch die Deutschen, 34 Prozent von ihnen kommen zu einem positiven und 25 Prozent zu einem negativen Urteil. Das Wissen, dass der finanzielle EU-Beitrag Deutschlands deutlich über dem der anderen Mitgliedsländer liegt, scheint sich in der Bilanz dadurch zu egalisieren, dass das Exportland Deutschland mehr als andere von dem europäischen Binnenmarkt profitiert.

Gründe für die unterschiedliche Bewertung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes sind nicht ohne weiteres auszumachen. Die Unterschiede verlaufen quer zur Dauer der Mitgliedschaft, quer zu den wirtschaftlichen Voraussetzungen und auch quer zur Religion. So haben die Slowaken in den gut zehn Jahren ihrer Mitgliedschaft ein deutlich positiveres Verhältnis zur EU entwickelt als die einstmals staatlich mit ihnen vereinten Tschechen. Die Unterschiede spiegeln auch keineswegs die unterschiedlichen wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen wider, denn diese sind in dem EU-freundlich

Abbildung 5
Mitgliedschaft EU – Ländervergleich
Für mehr als ein Drittel ist die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU überwiegend mit Nachteilen verbunden; für Spanier ist Mitgliedschaft zumeist mit Vorteilen verbunden



Frage: Wenn Sie nun an die Mitgliedschaft Ihres Landes in der EU denken, überwiegen da aus Ihrer Sicht die Vorteile oder überwiegen da die Nachteile oder halten sich Vor- und Nachteile die Waage?

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

Noch bemerkenswerter als das Gesamtergebnis ist die Heterogenität der jeweiligen Bilanzen in den einzelnen Ländern, wobei hier Spanien und Tschechien die beiden Pole bilden. In Spanien ist eine deutliche relative Mehrheit (44 Prozent) davon überzeugt, dass ihr 1986 der EU beigetretenes Land insgesamt von diesem Beitritt profitiert, nur knapp jeder Vierte (22 Prozent) geht vom Gegenteil aus. In Tschechien, das 2004 gemeinsam mit anderen osteuropäischen Staaten in die EU aufgenommen wurde, zieht dagegen eine ebenso

gestimmten Spanien keineswegs besser als in dem eher EU-skeptischen Italien. So ist auch in dem wirtschaftlich vergleichsweise gut situierten Schweden die Haltung zur EU signifikant kritischer als im ebenfalls prosperierenden Deutschland.

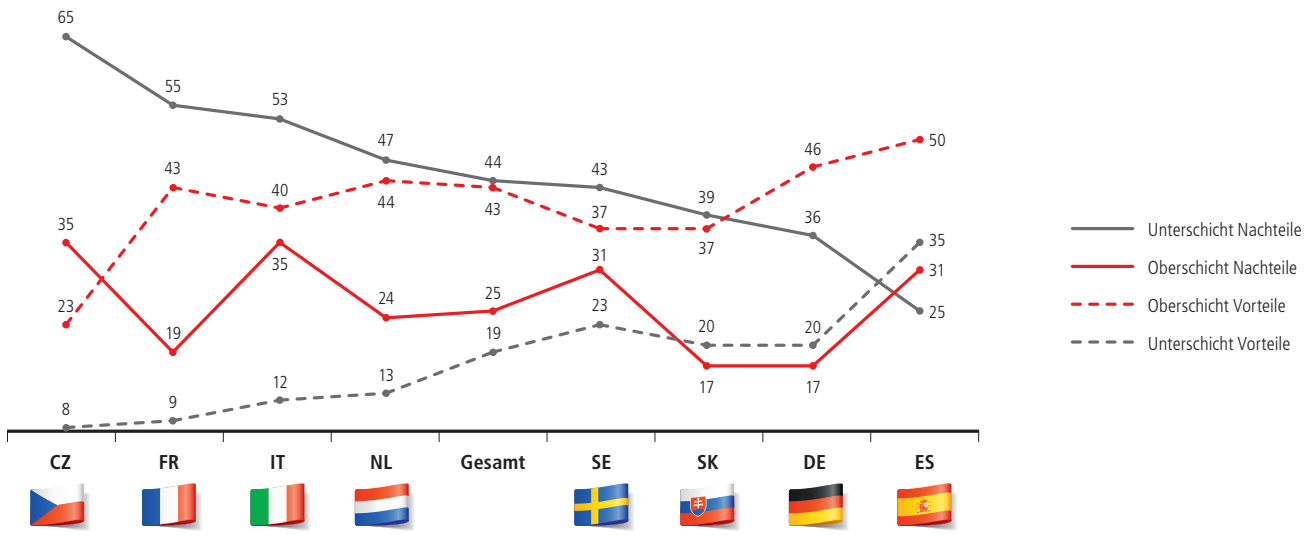
Bei allen Unterschieden in der Nutzenabschätzung der EU gibt es doch länderübergreifend eine Gemeinsamkeit: Wer sich selbst der Oberschicht zuordnet, sieht eher Vorteile in der EU, einzige Ausnahme ist Tschechien, wo auch bei den

Bessergestellten die Kritik überwiegt. Wer sich dem unteren Rand der Gesellschaft zugehörig fühlt, steht der EU fast überall mehrheitlich reserviert gegenüber, einzige Ausnahme ist hier Spanien. Am stärksten ist dieser *social divide* in Frankreich ausgeprägt. Dort steht mehr als die Hälfte der Angehörigen der unteren Schicht der EU kritisch gegenüber, die ebenso deutliche Mehrheit der oberen Schicht sieht dagegen eher Vorteile in der EU-Mitgliedschaft ihres Landes.

in den anderen Erhebungsländern die positiven Sichtweisen. Die EU wird darüber hinaus eher als umweltfreundlich denn als umweltschädlich erfahren (54 : 32 Prozent) sowie als eher sozial denn unsozial (52 : 38 Prozent). An der sozialen Ausrichtung der EU gibt es allerdings deutliche Zweifel in Schweden, wo die Sozialstandards signifikant höher sind als in den übrigen sieben Staaten, Deutschland eingeschlossen.

Strittig ist, ob die EU eher als Job-Motor oder als Job-

Abbildung 6
Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft
Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft innerhalb von Ober- und Unterschicht in den acht Ländern



Frage: Wenn Sie nun an die Mitgliedschaft Ihres Landes in der EU denken, überwiegen da aus Ihrer Sicht die Vorteile oder überwiegen die Nachteile oder halten sich Vor- und Nachteile die Waage?

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

6. ASSOZIATIONEN ZUR EU

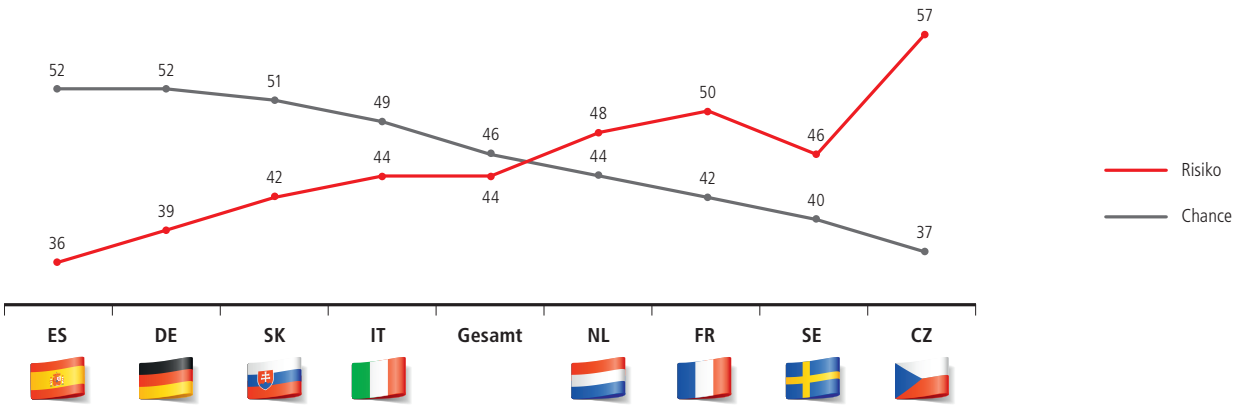
Die ambivalente Haltung gegenüber der EU spiegelt sich auch in den Assoziationen wider, die die Bürger mit der EU verbinden. Den Befragten wurden elf polarisierte Begriffspaare zur Entscheidung vorgelegt, verbunden mit der Frage, ob sie eher den positiv oder eher den negativ konnotierten Begriff mit der EU verbinden. In vier Fällen entschied sich länderübergreifend eine Mehrheit für den positiv konnotierten Begriff, in ebenfalls vier Fällen für den negativ konnotierten und in drei Fällen hielten sich die Voten die Waage.

Als Positiv erscheint die EU nach wie vor bei zwei Werten, die auch zum Gründungscode der Gemeinschaft gehören. Sechs von zehn Befragten beschreiben die EU länderübergreifend als friedlich und eine Mehrheit von 52 Prozent als demokratisch. Das heißt aber umgekehrt, dass eine nicht unerhebliche Minderheit von 29 Prozent die EU dagegen eher als aggressiv und sogar 38 Prozent als undemokratisch erleben – Einschätzungen, die in der Tschechischen Republik am stärksten ausgeprägt sind (42 Prozent bzw. 47 Prozent), gefolgt von den Niederlanden (35 Prozent bzw. 47 Prozent). In Spanien und Deutschland überwiegen hier deutlicher als

Bremse wirkt, ob es sich bei dem Euro um eine sichere oder eine unsichere Währung handelt und ob die EU eher als Risiko oder als Chance erfahren wird. In letzterem Punkt gehen die Ansichten am deutlichsten auseinander. Eher als Chance wird die EU in Spanien, Deutschland (jeweils 52 Prozent), der Slowakei (51 Prozent) und in Italien (49 Prozent) erfahren. In Schweden (46 Prozent), den Niederlanden (48 Prozent), Frankreich (50 Prozent) und vor allem der Tschechischen Republik (57 Prozent) assoziiert die Mehrheit mit der EU Risiken. (Siehe Abb. 7)

Vorbehalte gegenüber der EU zeigen sich in einigen ganz wesentlichen Aspekten, in denen die mit der EU verbundenen negativen Assoziationen – zum Teil sehr deutlich – überwiegen. So sind sich die Bürger in allen acht Ländern weitgehend einig darüber, dass die EU eher verschwenderisch denn sparsam und eher unternehmer- als arbeitnehmerfreundlich ist. Ersteres überrascht kaum, entspricht es doch einem Negativ-Klischee, das die EU seit ihrer Gründung begleitet. Dass die EU aber eher an den Interessen der Unternehmen als an denen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer orientiert wahrgenommen wird, ist insofern bemerkenswert, als dieser Eindruck in den Ländern mit einer sozialdemokratischen Re-

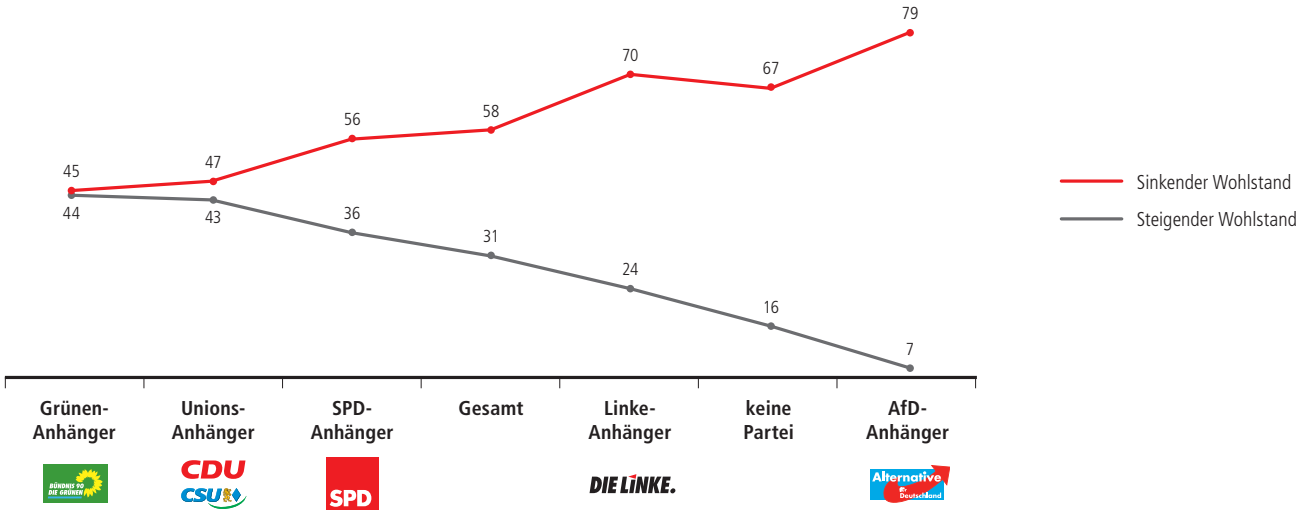
Abbildung 7
Mit der EU verbundene Assoziationen
Generell ambivalente Einstellung, ob die EU eine Chance oder ein Risiko darstellt



Frage: Ich lese Ihnen nun jeweils zwei gegensätzliche Begriffe vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, welchen Sie eher mit der EU verbinden.
Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

Abbildung 8
Mit der EU verbundene Assoziationen
Gespaltene Meinung der Grünen-Anhänger; ansonsten wird EU über Parteigrenzen hinweg eher mit sinkendem Wohlstand in Verbindung gebracht



Frage: Ich lese Ihnen nun jeweils zwei gegensätzliche Begriffe vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, welchen Sie eher mit der EU verbinden.
Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

gierung genauso geteilt wird wie in den konservativ regierten Ländern Deutschland und Spanien. Mit dem eigenen Selbstverständnis der Europäischen Union schwer in Einklang zu bringen ist der Befund, dass die EU zumeist nicht als Verkörperung der Freiheit sondern der Bevormundung angesehen wird – eine Einschätzung, die in der Slowakei und den Niederlanden am stärksten ausgeprägt ist, in Spanien und Italien am geringsten.

Am kritischsten für den Zusammenhalt der EU dürfte die sehr pessimistische Einschätzung ihrer ökonomischen Perspektive sein, gehört doch wirtschaftliche Prosperität gewissermaßen zum Gründungsversprechen der EU. Nur ein Drittel der Befragten verbindet die EU heute noch mit steigendem Wohlstand, für sechs von zehn Bürgerinnen und Bürgern steht die Europäische Union für sinkenden Wohlstand. (Siehe Abb. 8)

Die Unterschiede zwischen den Erhebungsländern sind dabei eher zu vernachlässigen. Interessanter sind hier die Einschätzungen der gesellschaftlichen Schichten, da sie sich wiederum deutlich voneinander unterscheiden. Für eine Mehrheit der oberen Schichten in den Mitgliedsstaaten hat das Wohlstandsversprechen der EU nach wie vor Bestand,

in den jeweiligen unteren Schichten ist dagegen der Glaube daran weitgehend verloren gegangen. Selbst in der Mittelschicht steht die EU nicht mehr mehrheitlich für die Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung: Knapp sechs von zehn Angehörigen der Mittelschicht fürchten eher ein (weiteres) wirtschaftliches Abdriften.

In Deutschland ist die Wohlstandsprognose für die EU stark von grundlegender politischer Überzeugung abhängig. Bei Grünen- und Unions-Anhängern halten sich positive und negative Prognosen die Waage, bei den SPD-Anhängern, im Lager der Linken und vor allem bei den AfD-Sympathisanten wird die EU vorwiegend mit sinkendem Wohlstand in Verbindung gebracht. Diese pessimistische Sichtweise wird – wie in einigen anderen Themenfeldern – auch von der Mehrheit der Nichtwählerinnen und -wähler geteilt.

7. WELCHES EUROPA?

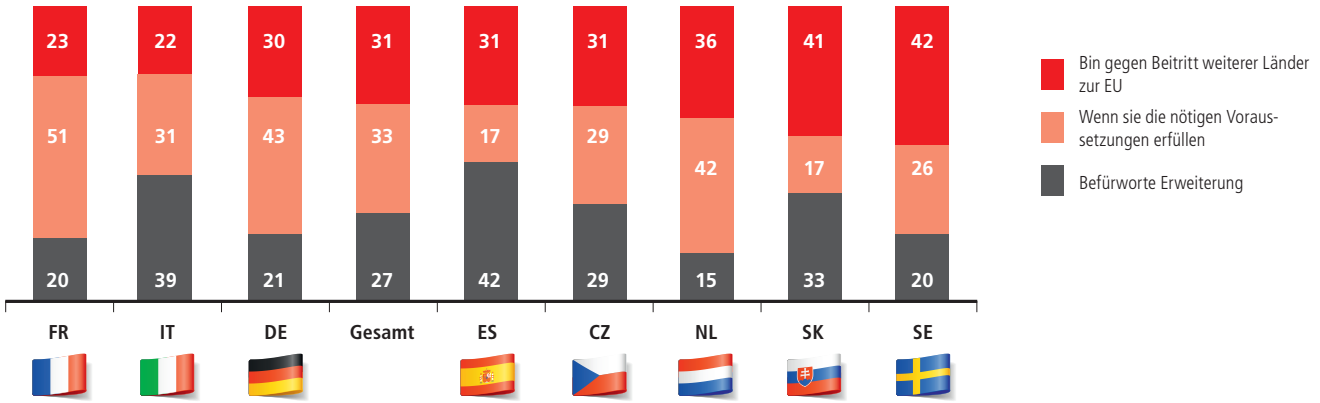
Die EU umfasst nach dem Beitritt Kroatiens im Jahr 2013 nunmehr 28 Staaten. Weitere fünf Staaten – vier Balkanländer sowie die Türkei – haben ein Beitrittsgesuch gestellt und firmieren als Beitrittskandidaten. Zwei weitere Länder – Bosnien-Herzegowina und Kosovo – wurden zudem von der EU als potenzielle Beitrittskandidaten benannt.

Um ihr Votum gegen oder für die Aufnahme weiterer Länder in die EU ersucht, spricht sich nur eine Minderheit der Befragten von 31 Prozent – in den acht erfassten Ländern – prinzipiell gegen eine Erweiterung aus. Ohne Einschränkungen für die Aufnahme neuer Mitglieder plädiert allerdings auch nur jeder Vierte (27 Prozent). Eine relative Mehrheit ist ebenfalls nicht grundsätzlich gegen eine Erweiterung der EU, knüpft ihre Zustimmung aber an die Bedingung, dass »die notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind«[5]. Da diese Positionierung spontan, also ohne entsprechende Antwortvorgabe erfolgte, ist sie umso ernster zu nehmen. Offenbar waren viele Bürger in der Vergangenheit nicht mit jedem EU-Neumitglied einverstanden. Auch die Befunde des Eurobarometers zeigen, dass nicht jeder der neuen Beitrittskandidaten gleichermaßen willkommen geheißen wird. Mit Blick auf die aktuellen Beitrittsländer gelten derartige Vorbehalte vor allem gegenüber der Türkei und Albanien. (Siehe Abb. 9)

Eine Ablehnung einer neuerlichen Erweiterung der EU ist besonders in Schweden (42 Prozent) und in der Slowakischen Republik (41 Prozent) ausgeprägt, am offensten gegenüber einer künftigen weiteren Ausweitung zeigen sich demgegenüber Frankreich und Italien, wobei die Franzosen stärker als alle anderen auf die Einhaltung bestimmter Bedingungen seitens der Neumitglieder pochen.

Das Bedürfnis nach verbindlicheren Regeln zeigt sich noch deutlicher in dem klaren Votum für die Möglichkeit, künftig Mitgliedsländer auch gegen deren Willen aus der EU auszuschließen, wenn sie gegen grundsätzliche Regeln und Werte der Gemeinschaft verstoßen. Für eine solche Ausschlussmöglichkeit sprechen sich 77 Prozent aus, ganze 13 Prozent sind dagegen. Zustimmung findet eine derartig drastische Sanktionsmöglichkeit vor allem in den Niederlanden (83 Prozent), Deutschland und Schweden (je 81 Prozent) – Länder, die auch in der Grexit-Debatte eine eher harte Haltung einnahmen. Etwas größer als in den anderen Ländern sind die Widerstände gegen die Einführung einer Ausschlussregel in Italien, Frankreich und Spanien.

Abbildung 9
EU-Erweiterung
Sechs von zehn befürworten eine EU-Erweiterung, allerdings nur jeder Dritte unter der Prämisse, dass wichtige Voraussetzungen erfüllt sein müssen



Frage: In den nächsten Jahren streben weitere Länder die Mitgliedschaft in der EU an. Wie ist Ihre Einstellung dazu: Befürworten Sie eine solche Erweiterung oder sind Sie gegen den Beitritt weiterer Länder zur EU?

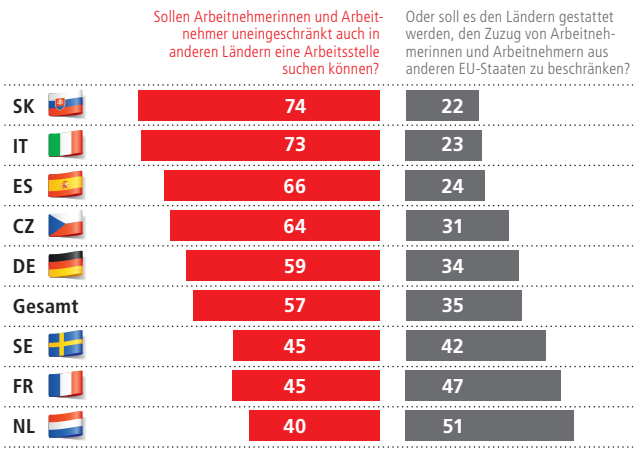
Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

5 In der Trendfrage des Eurobarometers zur Akzeptanz der Erweiterung sprach sich zuletzt eine Mehrheit gegen eine Erweiterung aus. Dort fehlt allerdings die dritte einschränkende, spontane Antwortoption »nur, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind«.

Zu einer der umstrittensten Grundregeln der EU zählt die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Dieses Grundrecht wurde in der Vergangenheit zwar hin und wieder partiell ausgesetzt, etwa bei der Aufnahme der ersten osteuropäischen Länder, aber zuletzt vor allem gegen den Widerstand Großbritanniens, dessen Bürgerinnen und Bürger zumindest für eine Beschränkung des freien Zuzugs in ihrem Land plädieren, zäh verteidigt. Die Freizügigkeitsregel für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU entspricht mehrheitlich dem Willen der Bürgerinnen und Bürger in den Erhebungsländern. Eine deutliche Mehrheit von 57 Prozent spricht sich dafür aus, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterhin uneingeschränkt in anderen Mitgliedsstaaten eine Arbeitsstelle suchen dürfen. 35 Prozent sprechen sich hingegen für die von Großbritannien vorgebrachte Forderung aus, die es den EU-Ländern künftig gestatten soll, den Zuzug von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus anderen EU-Ländern zu beschränken. Der britische Vorstoß findet insbesondere in den Niederlanden (51 Prozent), Frankreich (47 Prozent) und Schweden (42 Prozent) Unterstützung. Für eine strikte Beibehaltung der Freizügigkeit plädieren vor allem Slowaken (74 Prozent), Italiener (73 Prozent), Spanier (66 Prozent), Tschechen (64 Prozent) und bemerkenswerterweise auch die Deutschen (59 Prozent), deren Land eines der wichtigsten Zielländer von EU-Arbeitnehmerinnen und -Arbeitnehmern ist.

Abbildung 10
Arbeitnehmerfreizügigkeit



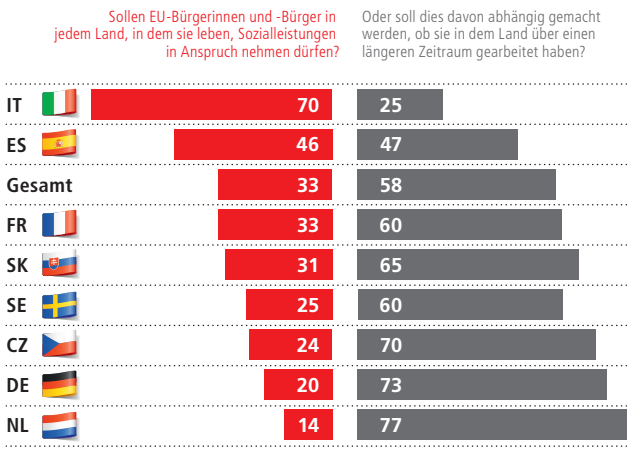
Frage: Sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer uneingeschränkt auch in anderen Ländern eine Arbeitsstelle suchen können oder soll es den Ländern gestattet werden, den Zuzug von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus anderen EU-Staaten zu beschränken?

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

Der befürworteten Arbeitnehmerfreizügigkeit steht die Forderung nach einer Entkoppelung dieses Grundrechts von der automatischen Einbeziehung zugewanderter Personen in die jeweiligen Sozialsysteme gegenüber. In diesem Punkt stimmt eine klare Mehrheit von 58 Prozent dafür, dass nur der-/diejenige Sozialleistungen in einem EU-Land beanspruchen kann, der/die zuvor auch über einen längeren Zeitraum in diesem Land gearbeitet hat und damit seinen/ihren Beitrag zur Finanzierung des jeweiligen Sozialsystems geleistet hat. Nur jeder/jede Dritte empfindet es als angemessen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger in jedem Land, in dem sie leben, Sozialleistungen in Anspruch nehmen könnte – unabhängig davon, ob sie vorher dort einer Arbeit nachgegangen sind oder nicht. In dieser Frage sind sich die Bürgerinnen und Bürger aus sechs der acht Staaten weitgehend einig, hier votieren jeweils deutliche Mehrheiten gegen eine Entkoppelung des Bezugs von Sozialleistungen von vorherigen Einzahlungen in die Sozialsysteme. Am vehementesten ist der Widerstand in den Niederlanden und in Deutschland, Länder mit vergleichsweise hohen Sozialleistungen und hoher Zuwanderung von Arbeitnehmern aus anderen EU-Ländern. Im Kontrast zu dieser deutlichen Ablehnung steht das Meinungsbild in den beiden südlichen Ländern Italien und Spanien. In Spanien ist die Meinung hierüber gespalten, 47 Prozent teilen die ablehnende Haltung der Bürgerinnen und Bürger in den nördlichen Ländern, 46 Prozent votieren dafür, dass alle EU-Bürgerinnen und -Bürger in jedem EU-Land Sozialleistungen in Anspruch nehmen können, unabhängig davon, ob und wie lange sie dort gearbeitet haben. In Italien spricht sich sogar eine klare Mehrheit von 70 Prozent dafür aus, dass das Wohnortprinzip in Bezug auf das Recht auf Sozialleistungen Geltung haben sollte.

Abbildung 11
Berechtigung für Sozialleistungen



Frage: Sollen EU-Bürgerinnen und -Bürger in jedem Land, in dem sie leben, Sozialleistungen in Anspruch nehmen dürfen oder soll dies davon abhängig gemacht werden, ob sie in dem Land über einen längeren Zeitraum gearbeitet haben?

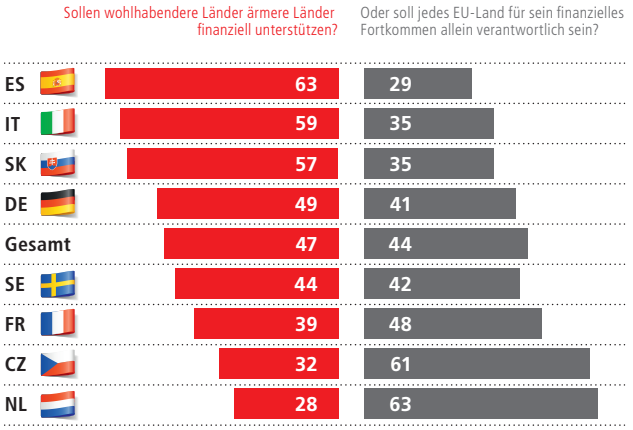
Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

Wenn es um einen Transfer von Leistungen auf staatlicher Ebene geht, fällt das Meinungsbild deutlich anders aus. Eine knappe Mehrheit hält es für gerechtfertigt, dass wohlhabende Länder ärmere Länder unterstützen – faktisch eines der Grundprinzipien der EU seit ihrer Gründung. Fast ebenso viele Befragte vertreten die Ansicht, dass jedes EU-Land

für sein finanzielles Fortkommen allein verantwortlich sein sollte. Auch in dieser Frage gibt es nennenswerte Differenzen zwischen den Erhebungsländern, wobei die Grenze hier überraschenderweise nicht zwischen den Nettozahler- und Nettoempfängerländern innerhalb der EU verläuft. Für eine rein nationale Verantwortung des finanziellen Auskommens plädieren Mehrheiten in dem Empfängerland Tschechien, aber auch in dem Geberland Frankreich. Für zwischenstaatliche Solidarität sprechen sich die meisten Bürgerinnen und Bürger aus dem Empfängerland Slowakei aus, aber auch knappe Mehrheiten in zwei der wichtigsten Geberländer Deutschland und Schweden.

Abbildung 12
Finanzielle Solidarität unter EU-Mitgliedsstaaten



Frage: Sollen wohlhabendere Länder ärmere Länder finanziell unterstützen oder soll jedes EU-Land für sein finanzielles Fortkommen allein verantwortlich sein?

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

In einem Punkt sind sich die Bürgerinnen und Bürger in allen acht Staaten mehrheitlich einig: Alle EU-Mitglieder sollen frei über ihre Staatsausgaben entscheiden dürfen. Dafür sprechen sich länderübergreifend 60 Prozent aus, 29 Prozent votieren dagegen. Am stärksten auf die Haushaltsautonomie jedes Mitgliedslandes beharren die Bürgerinnen und Bürger in den beiden Visegrád-Staaten, nur Minoritäten sind dort anderer Meinung. In den westlichen Ländern, insbesondere in Deutschland, Frankreich und Spanien, plädieren starke Minderheiten für ein EU-Mitspracherecht bei den Ausgaben der Mitgliedsländer.

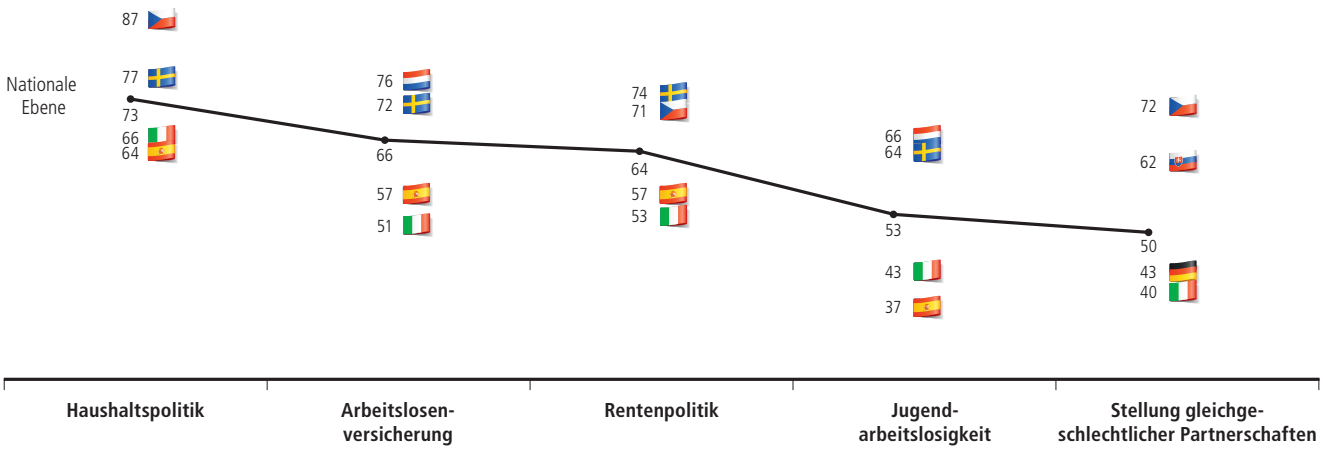
8. WAS SOLL EHER AUF NATIONALSTAATLICHER, WAS EHER AUF EU-EBENE GEREGELT WERDEN?

Eine der strittigsten Fragen seit Gründung der EU ist seit jeher, wie viele Kompetenzen die Mitgliedsstaaten an die EU und ihre Institutionen abzugeben bereit sind, beziehungsweise in welchen Feldern sie ihre Souveränität behaupten wollen. Bislang ging die Tendenz klar in Richtung Intensivierung der Integration, was sich in Form einer Kompetenzerweiterung der EU ausdrückte. Zuletzt gab es jedoch wachsende Widerstände gegen diesen Trend, teilweise sogar Versuche einer Rückführung von EU-Zuständigkeiten auf die nationale Ebene – wie etwa in den bereits erwähnten Bemühungen Großbritanniens, der Arbeitnehmerfreizügigkeit nationale Grenzen zu setzen. Es liegt deshalb nahe, das erwünschte Gleichgewicht zwischen EU-Zuständigkeit und nationaler Souveränität aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger auszuloten. Gefragt wurde in Bezug auf elf politische Aufgaben, ob die Regelung dieser eher auf nationaler oder auf europäischer Ebene stattfinden sollte. (Siehe Abb. 13)

In insgesamt vier Punkten besteht länderübergreifend eine Mehrheit darauf, dass diese Bereiche in nationaler Souveränität verbleiben, allen voran die Haushaltspolitik (73 Prozent). Hierin sind sich die Bürgerinnen und Bürger in allen acht Staaten einig, wobei hier die Neumitglieder aus Tschechien (87 Prozent) und der Slowakei (82 Prozent) sowie die Niederländer (79 Prozent) am stärksten auf die nationale Zuständigkeit beharren. Eine Neuordnung der Zuständigkeiten können sich noch am ehesten Spanier und Italiener vorstellen, von denen ein gutes Viertel für ein größeres Mitspracherecht der EU in Haushaltsfragen plädiert. Ebenfalls eindeutig auf nationaler Ebene verortet sind sozialpolitische Themen wie die Festlegung von Höhe und Dauer der Arbeitslosenversicherung (66 Prozent) sowie die Festlegung des Renteneintrittsalters und der Rentenbezüge (64 Prozent). In sechs Ländern spricht sich jeweils eine Zweidrittel- bis Dreiviertelmehrheit für die Beibehaltung des Status quo aus, wobei das jeweilige Niveau der Sozialsysteme eine eher untergeordnete Rolle spielt. Am höchsten fällt das Festhalten an der nationalen Zuständigkeit bei sozialpolitischen Leistungen in ausgeprägten Sozialstaaten wie den Niederlanden (76 Prozent) und Schweden (72 Prozent) aus, vergleichbar ist aber auch das Votum in Tschechien (75 Prozent) mit seinen vergleichsweise niedrigen Sozialleistungen. Einzig in Spanien und in Italien spricht sich eine größere Zahl von Bürgerinnen und Bürgern für eine Vereinheitlichung von Arbeitslosen- und Rentenbezügen aus – denn nichts anderes bedeutet diese befürwortete Kompetenzverlagerung in Richtung EU. (Siehe Abb. 14)

Weniger eindeutig fällt hingegen das Meinungsbild in Hinblick auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aus. Auch hier sieht über alle acht erfassten Länder eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger (53 Prozent) die Nationalstaaten in der Pflicht, allerdings votieren Mehrheiten in Spanien (57 Prozent), Italien (53 Prozent) und der Slowakei (52 Prozent) für ein größeres Engagement von EU-Institutionen. Aus dieser, insbesondere aus der spanischen Perspektive ist dies nachvollziehbar, haben doch die Regierungen dieses Problem über Jahre vernachlässigt. In Deutschland, dessen geringstes Problem die Jugendarbeitslosigkeit ist, sieht knapp die Hälfte

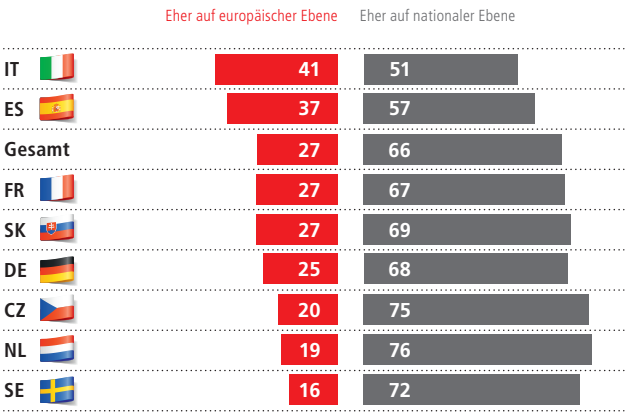
Abbildung 13
Zuständigkeit – Nationalstaat oder EU?
Aufgaben, die eher auf nationaler Ebene geregelt werden sollten



Frage: Ich nenne Ihnen einige politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob diese Aufgabe eher auf europäischer oder eher auf nationaler Ebene geregelt werden sollte.
Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen den Kategorien »weiß nicht/keine Angabe«
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

Abbildung 14
Zuständigkeit – Nationalstaat oder EU?
Festlegung von Höhe und Dauer der Arbeitslosenversicherung



Frage: Ich nenne Ihnen einige politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob diese Aufgabe eher auf europäischer oder eher auf nationaler Ebene geregelt werden sollte.
Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

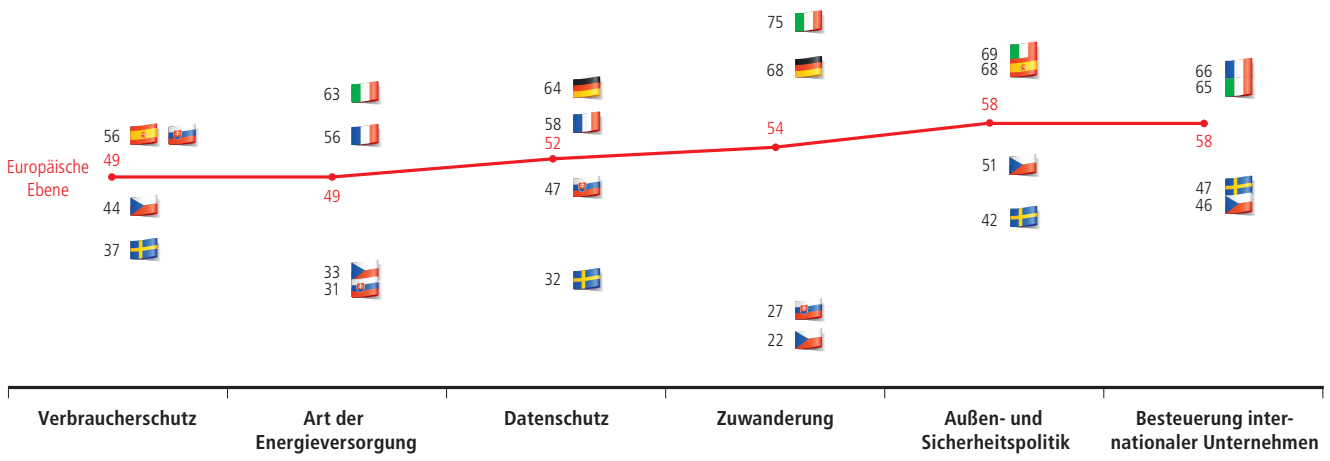
der Bürgerinnen und Bürger (45 Prozent) in der hohen Jugendarbeitslosigkeit anderer Mitgliedsstaaten durchaus einen Grund für ein stärkeres Engagement auf europäischer Ebene.

In drei Aufgabenbereichen – der Behandlung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, dem Verbraucherschutz und der Energieversorgung – gibt es kein klares Meinungsbild. Jeweils etwa die Hälfte der Befragten spricht sich für eine Ausweitung der EU-Kompetenz in diesen Bereichen aus, ebenso viele beharren hier auf der nationalen Zuständigkeit. Was die rechtliche Stellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften betrifft, fordern vor allem die Tschechen (72 Prozent), gefolgt von ihren Nachbarn, den Slowaken (62 Prozent), dass die Jurisdiktion in nationaler Zuständigkeit verbleiben sollte. Beide Länder gelten im Hinblick auf den Umgang mit Homosexualität als vergleichsweise liberal. Dies gilt auch für Frankreich (51 Prozent), Schweden (49 Prozent) und die Niederlande (51 Prozent), wo sich ebenfalls knappe Mehrheiten dafür aussprechen, dass der Umgang mit Homosexualität eher Sache nationaler Gesetzgebung bleiben sollte. Dagegen sprechen sich Mehrheiten in Deutschland und in Italien, zwei Ländern, in denen kein Recht auf Eheschließung gleichgeschlechtlicher Paare existiert, für eine Kompetenzverlagerung in dieser Frage auf EU-Ebene aus.

Beim Verbraucherschutz ergibt sich ein Patt zwischen denjenigen, die hier auf nationale Zuständigkeit pochen (45 Prozent) und jenen, die für eine Verlagerung auf EU-Ebene plädieren (49 Prozent). Auch die Unterschiede zwischen den Ländern sind nicht allzu groß, die Befürworterinnen und Befürworter nationaler Zuständigkeit sind allerdings nur in Schweden und Tschechien in der Mehrheit. Ähnlich sieht das Meinungsbild im Hinblick auf Art und Sicherung der Energieversorgung aus, wo sich ebenfalls eine knappe Mehrheit für mehr Zuständigkeiten der EU ausspricht (49 : 44 Prozent). Diese Mehrheit stützt sich vor allem auf die Voten der Bürgerinnen und Bürger aus Italien (63 Prozent), Frankreich (56 Prozent), Spanien und den Niederlanden (je 54 Prozent). Dem stehen klare Mehrheiten für mehr nationale Eigenständigkeit in der Energiepolitik in den beiden osteuropäischen Staaten gegenüber, Ländern, deren Energieversorgung mindestens so abhängig von einem funktionierenden internationalen Stromverbund ist, wie die der übrigen Staaten.

In vier weiteren Bereichen sprechen sich mehr oder weniger deutliche Mehrheiten für einen Kompetenztransfer von

Abbildung 15
Zuständigkeit – Nationalstaat oder EU?
Aufgaben, die eher auf europäischer Ebene geregelt werden sollten



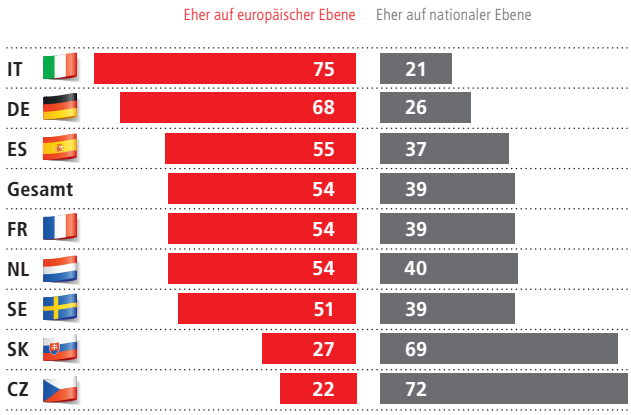
Frage: Ich nenne Ihnen einige politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob diese Aufgabe eher auf europäischer oder eher auf nationaler Ebene geregelt werden sollte.
Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen den Kategorien »weiß nicht/keine Angabe« und »eher auf nationaler Ebene«
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

der nationalen auf die europäische Ebene aus, so etwa beim Datenschutz (52 Prozent). Insbesondere die Deutschen machen sich hier stark für europaweite Regelungen (64 Prozent), die Schweden bestehen dagegen zumeist auf nationalen Lösungen (58 Prozent).

Das Thema Zuwanderung fällt, wie nicht anders zu erwarten, durch besonders unterschiedliche Bewertungen aus der Reihe. Der Gesamtwert der acht Länder weist eine Mehrheit für ein gemeinsames Vorgehen in diesem schwierigen Bereich aus. Die stärksten Befürworter einer europäischen Lösung finden sich in Italien (72 Prozent) und Deutschland (68 Prozent), die im europäischen Vergleich eine hohe Zahl an Flüchtlingen aufnehmen und daher verständlicherweise stark für eine europäische Regelung kämpfen. Mehrheitliche Rückendeckung erhalten sie dabei aus Spanien (55 Prozent), Frankreich und den Niederlanden (je 54 Prozent) sowie Schweden (51 Prozent), dem Einwanderungsland mit der höchsten Flüchtlingszahl pro Einwohner. Tschechien und vor allem die Slowakei sperren sich dagegen vehement gegen eine von der EU dekretierte Aufnahme von Flüchtlingen, also die beiden Länder, die im Vergleich die wenigsten Flüchtlinge aufnehmen. Sie können sich in dieser Streitfrage nicht nur der Unterstützung der beiden anderen Visegrád-Staaten Polen und Ungarn sicher sein, sie sprechen hier auch im Namen ihrer Bürgerinnen und Bürger. Jeweils sieben von zehn Slowaken und Tschechen sprechen sich für die Regelung auf nationaler Ebene aus. Die Lösung dieses hier in Zahlen gemeißelten innereuropäischen Konflikts dürfte eine der größten Herausforderungen für den Zusammenhalt der EU sein.

Abbildung 16
Zuständigkeit – Nationalstaat oder EU?
Regelung der Aufnahme und Verteilung von Zuwanderung



Frage: Ich nenne Ihnen einige politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob diese Aufgabe eher auf europäischer oder eher auf nationaler Ebene geregelt werden sollte.
Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

Weitgehende Einigkeit besteht dagegen darüber, dass die Besteuerung internationaler Unternehmen künftig eine Sache der europäischen Gemeinschaft sein sollte. Darin drückt sich sicherlich nicht zuletzt die Forderung aus, dass diese Besteuerung europaweit vereinheitlicht und den damit auch in der EU existierenden Steueroasen ein Ende gemacht werden kann. Aus dem gemeinsamen Geleitzug schwenken nur die Bürgerinnen und Bürger der beiden osteuropäischen Länder aus, da sie sich uneins sind, ob die Unternehmensbesteuerung auf europäischer oder nationaler Ebene geregelt werden sollte.

Wenig Dissens herrscht unter den Bürgerinnen und Bürgern aller acht Länder auch darin, dass die Außen- und Sicherheitspolitik ihrer Länder künftig stärker einer gesamteuropäischen Koordination bedarf. Dafür sprechen sich nicht nur klare Mehrheiten in Italien (69 Prozent), Spanien (68 Prozent), Deutschland und der Slowakei (je 62 Prozent) aus, sondern auch eine deutliche Mehrheit der Franzosen (53 Prozent). Dass die früher eher auf außen- und sicherheitspolitische Autonomie achtende Grande Nation heute den Schulterschluss mit anderen Staaten sucht, ist bemerkenswert. Nach den Terroranschlägen in Paris wurden der Wunsch nach einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie deren Notwendigkeit manifester denn je. Sich dieser Forderung zu entziehen, dürfte auch Schweden, dem einzigen Nicht-Mitglied der NATO, schwerfallen, dessen Bürgerinnen und Bürger sich als einzige dem Wunsch nach einer verstärkt gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik mit knapper Mehrheit verschließen.

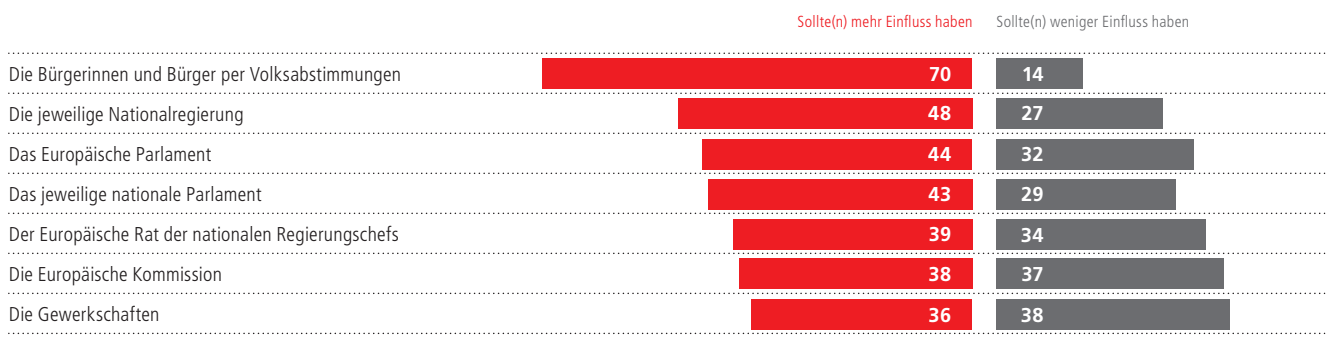
In der Gretchenfrage nach einer Beschleunigung oder einer Verlangsamung der europäischen Integration zeichnen sich insgesamt gesehen drei Gruppen ab. Die Niederländer und Schweden, wirtschaftlich mit am stärksten, stehen ebenso wie die osteuropäischen Bürgerinnen und Bürger aus Tschechien und der Slowakei einer weiteren Abgabe von nationaler Souveränität eher kritisch gegenüber – sicherlich aus sehr unterschiedlichen historischen Erfahrungen und wirtschaftlichen Erwägungen heraus. Die Südeuropäer Italien und Spanien, mit den Konsequenzen der Wirtschafts- und Schuldenkrise am stärksten konfrontiert, sprechen sich umgekehrt eher für eine Ausweitung der Kompetenzbereiche der EU aus. Die dritte Gruppe bilden Deutschland und Frankreich, die beiden Führungsnationen – bezogen auf die Beschleunigung der europäischen Integration. Die Befragten beider Länder sprechen sich tendenziell für mehr europäische Kompetenzen aus, die Deutschen dabei noch etwas stärker als die Franzosen. Hier wird evident, dass beide Bevölkerungen sich ähnlich gut abgesichert fühlen und ein grundsätzlich positives Verhältnis zur Europäischen Union haben – für die Zukunft der Union in schwierigen Zeiten ein ermutigendes Ergebnis.

Ein Wermutstropfen bleibt, denn die Idee der europäischen Integration findet vor allem in der Ober- und Mittelschicht der Mitgliedsländer positiven Widerhall. In den unteren Schichten der Mitgliedsstaaten ist der Ruf nach einer Renationalisierung Europas dagegen länderübergreifend eindeutig.

9. ENTSCHEIDUNGSBEFUGNISSE

Mindestens ebenso strittig wie die Frage, welche Aufgaben auf EU-Ebene und welche eher auf nationaler Ebene entschieden werden sollten, sind die Ansichten über das Machtgefüge zwischen den EU-Institutionen, den nationalen Regierungen und den Parlamenten. Für die vorliegende Studie wurde danach gefragt, welche Institution in europapolitischen Fragen mehr, welche weniger Einfluss haben sollte. Hinsichtlich der institutionellen Ebene plädiert die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger (48 Prozent) länderübergreifend für eine Stärkung der Entscheidungskompetenz der nationalen Regierungen. Für eine Verringerung des Einflusses votieren nur 27 Prozent, 13 Prozent sind der Ansicht, dass der Einfluss der eigenen Regierung gerade richtig sei. Dieses Antwortmuster findet sich in sieben Ländern. Einzig in dem zuletzt von Skandalen und Korruption gebeutelten Italien spricht sich eine knappe Mehrheit für eine Kompetenzbeschneidung der eigenen Regierung aus – in europapolitischen Fragen wohlgemerkt.

Abbildung 17
Nationale Institutionen – EU-Institutionen: Mehr oder weniger Einfluss



Frage: Wer sollte künftig in europapolitischen Fragen mehr, wer sollte weniger Einfluss haben?
Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

Relativ einig sind sich die Bürgerinnen und Bürger auch in dem Wunsch nach einer Kompetenzausweitung der Parlamente, sowohl der nationalen Parlamente (43 Prozent pro, 29 Prozent contra) als auch des Europaparlaments (44 Prozent pro, 32 Prozent contra). Auch hier weicht das italienische Votum von dem der übrigen sieben Länder ab: Die Italiener wollen dem Europaparlament mehr, dem eigenen Parlament aber weniger Einfluss zugestehen. Umgekehrt sprechen sich knappe Mehrheiten in den Niederlanden, in Tschechien und in Schweden für eine Verlagerung von Zuständigkeiten vom Europaparlament auf die nationalen Parlamente aus.

Kein klares Meinungsbild ergibt sich bezüglich des erwünschten Einflusses des Europäischen Rats der Regierungschefs. In Italien und Frankreich spricht sich jeweils eine deutliche (49 und 44 Prozent), in Spanien (41 Prozent), Tschechien (42 Prozent), Deutschland (39 Prozent) und der Slowakei (37 Prozent) eine knappe relative Mehrheit für eine Kompetenzausweitung des Rats aus. In Schweden und vor allem in den Niederlanden sind die Bürger eher für eine Beschneidung der Ratskompetenzen (32:35 und 29:40 Prozent). Noch etwas kontroverser ist die Haltung gegenüber der Europäischen Kommission. Niederländer und Schweden sprechen sich auch hier mehrheitlich für eine Verringerung der Befugnisse der Kommission aus (45 und 39 Prozent) und erhalten Beistand von einer Mehrheit in Tschechien (47:33 Prozent). Italiener und Spanier plädieren ebenso für eine Kompetenzausweitung von Junkers EU-Kommission (53 und 49 Prozent).

In sechs Ländern sprechen sich die Bürger insgesamt eher für eine Rückführung europapolitischer Kompetenzen auf die nationale Ebene aus. Die Position der Spanier erscheint insgesamt eher uneinheitlich, denn sie würden sowohl den nationalen als auch den europäischen Institutionen mehr Macht gewähren. Einzig die italienische Bevölkerung befürwortet eine Ausweitung der Kompetenzen zugunsten der EU-Institutionen und zulasten der eigenen Regierung sowie des eigenen Parlaments.

Ermittelt wurde auch der erwünschte Einfluss von Gewerkschaften. Auch hier gibt es unterschiedliche Positionierungen – die Niederländer und die Slowaken wollen mehr gewerkschaftliche Mitsprache; Italiener, Deutsche und Franzosen eher weniger –, was länderübergreifend zu einem Patt führt: 36 Prozent wollen mehr, 38 Prozent weniger Mitsprache. Das überrascht insofern, als dass eine klare Mehrheit die EU als eher unternehmer- als arbeitnehmerfreundlich einschätzt. Selbst in den sozialdemokratischen Wählerschaften fällt der Ruf nach mehr gewerkschaftlichem Einfluss eher verhalten aus.

In einem sind sich die Befragten in allen acht Ländern weitgehend einig: Die Bürgerinnen und Bürger sollten künftig bei europapolitischen Fragen per Volksabstimmungen mehr Mitsprache erhalten. 70 Prozent teilen diese Forderung, sieben Prozent halten den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger für gerade richtig, 14 Prozent sprechen sich explizit gegen Volksentscheide aus. Offenbar spielt dabei auch keine Rolle, ob in den einzelnen Ländern eine solche Volksabstimmung, zum Beispiel ein Plebiszit bei der Änderung der EU-Verträge wie etwa in Frankreich, vorgesehen ist oder nicht. In diesem Votum kommt wohl eher die Auffassung der Bürgerinnen und Bürger zum Ausdruck, dass auf EU-Ebene ein großes Demokratiedefizit besteht. Bezeichnenderweise ist der Ruf nach mehr bürgerlicher Mitsprache in den Unterschichten der Mitgliedsstaaten am lautesten. Auch wenn umgekehrt in der Oberschicht die Zurückhaltung am größten ist, plädiert aber eine klare Mehrheit für mehr Bürgermitsprache.

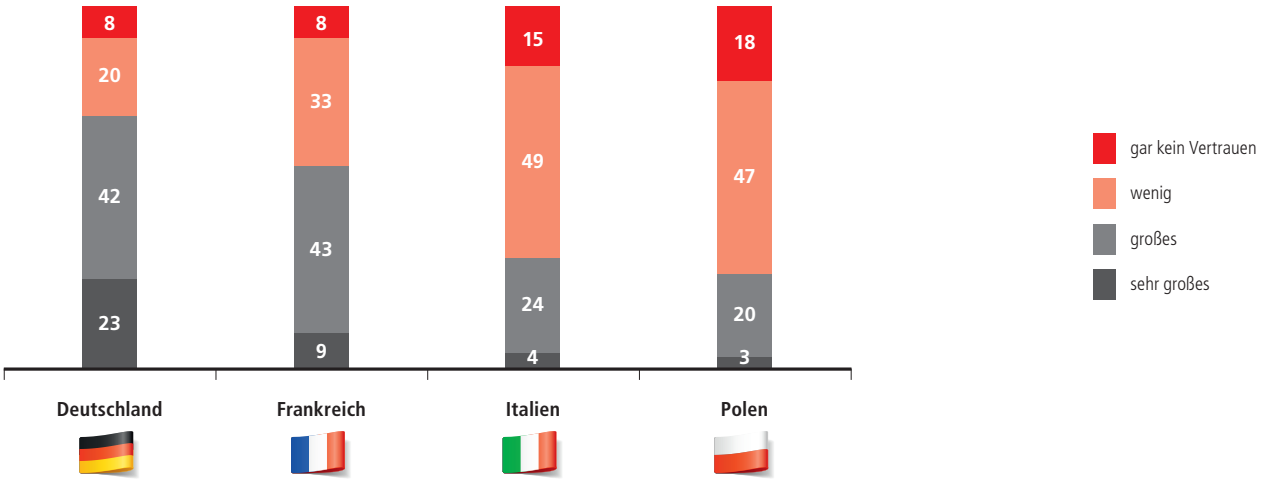
10. VERTRAUEN ZWISCHEN DEN EU-STAATEN – UND INS EIGENE LAND

Seit Gründung der EU nehmen Frankreich, Großbritannien und Deutschland eine gewisse Führungsrolle ein, die sich aus der Größe der Bevölkerung und der Wirtschaftskraft rechtfertigt. Bei Frankreich und Großbritannien kommt die sicherheitspolitische Bedeutung hinzu: Beide sind ständige, mit Vetorecht ausgestattete Mitglieder des UN-Sicherheitsrates. Während Großbritannien von dieser Führungsrolle eher defensiv Gebrauch machte und sich nicht selten aus dem kontinuierlichen Integrationsprozess absondert (z. B. Schengen-Abkommen), nutzen Frankreich und Deutschland ihre führenden Rollen, um den Integrationsprozess in der EU voranzutreiben, etwa bei der Einführung des Euro. Ihre Führungsrolle steht immer in einem Spannungsverhältnis zu dem ehernen EU-Prinzip *one state, one vote*. Ihre Akzeptanz hängt deshalb weniger von realer Macht ab als von Vertrauen. Wie diese beiden Länder ihre Führungsrolle umsetzen, ist deshalb immer Gegenstand kritischer Beobachtungen. Ein Stück weit hängt der Zusammenhalt der EU deshalb nicht zuletzt von dem Maß an Vertrauen in diese beiden Länder ab – im Falle Deutschlands, aufgrund seiner Geschichte, eine immer auch prekäre Angelegenheit. In der vorliegenden Erhebung wurde deshalb abschließend gefragt, ob und inwieweit die Bürgerinnen und Bürger in den anderen Staaten Vertrauen in Frankreich und Deutschland als EU-Mitgliedsländer haben. Aus Vergleichsgründen wurde auch nach dem Vertrauen in zwei weitere wichtige Mitgliedsstaaten, Italien und Polen, gefragt sowie abschließend nach dem Vertrauen in das jeweils eigene Land.

Das Ergebnis fällt für die EU, zumal in schwierigen Zeiten, ermutigend aus, da beide Führungsnationen – Frankreich und Deutschland – in der Bevölkerung anderer EU-Staaten hohes Ansehen genießen. Dies gilt insbesondere für Deutschland, in das länderübergreifend zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger großes (42 Prozent) oder sogar sehr großes Vertrauen (23 Prozent) haben. In den Niederlanden fällt dieses Vertrauen mit 78 Prozent sogar noch etwas höher aus als in Deutschland selbst (76 Prozent) – ein bemerkenswerter Befund angesichts des nicht immer einfachen Verhältnisses zwischen den Nachbarländern. Einzig in Italien ist eine gewisse Reserviertheit zu spüren. Hier spricht nur jeder Zweite Deutschland das Vertrauen aus, fast ebenso viele haben wenig bis gar kein Vertrauen. (Siehe Abb. 18)

Auch Frankreich genießt bei seinen europäischen Nachbarn nach wie vor mehrheitlich Vertrauen (52 Prozent), bei immerhin 41 Prozent ist allerdings das Vertrauen derzeit nicht sehr ausgeprägt. Ein hohes Maß an Skepsis gegenüber Frankreich ist insbesondere in Schweden und wiederum vor allem in Italien zu verspüren. Bedeutsamer dürfte allerdings sein, dass das gegenseitige Vertrauen der Bevölkerungen in Frankreich und in Deutschland (gleich) groß ist. Dies stellt nach den Ereignissen in Paris eine gute Basis für die gemeinsam zu

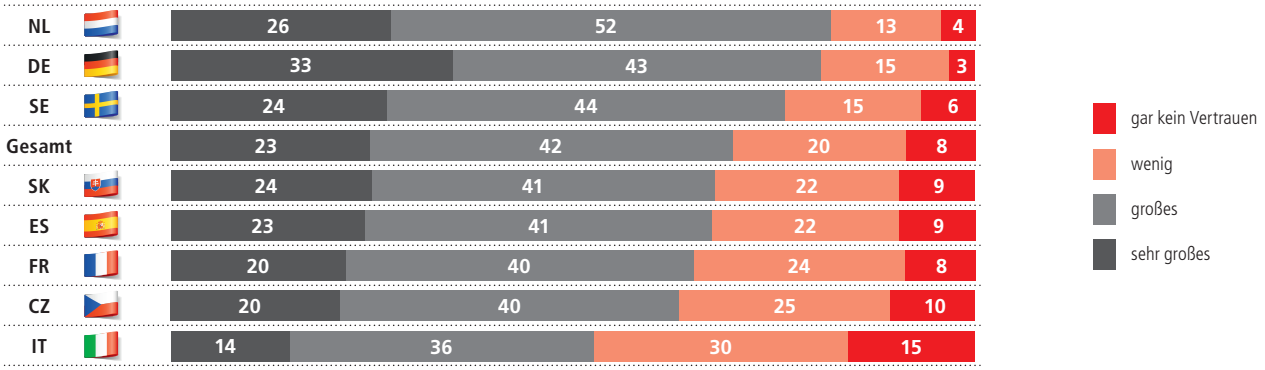
Abbildung 18
Vertrauen in EU-Mitgliedsstaaten
Großes Vertrauen in Deutschland und Frankreich, wenig Vertrauen in Italien und Polen



Frage: Wenn Sie an … als Mitglied in der EU denken: Haben Sie da sehr großes, großes, wenig oder gar kein Vertrauen in …?
Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

Abbildung 19
Vertrauen in EU-Mitgliedsstaaten
Großes Vertrauen in Deutschland – mit Ausnahme von Italien



Frage: Wenn Sie an Deutschland als Mitglied in der EU denken: Haben Sie da sehr großes, großes, wenig oder gar kein Vertrauen?
Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

bewältigenden Aufgaben dar. Der Befund gewinnt sicherlich zusätzlich noch dadurch an Bedeutung, dass den beiden anderen wichtigen EU-Ländern bei weitem nicht dasselbe Maß an Vertrauen zuteilwird. In Italien haben länderübergreifend 28 Prozent großes Vertrauen und in Polen nur 23 Prozent – wohlgemerkt noch vor dem Wahlsieg von Kaczynskis Prawo i Sprawiedliwość (PIS).

Für die Zukunft der EU von erheblicher Bedeutung dürfte auch sein, ob und inwieweit die Bürgerinnen und Bürger dem jeweils eigenen Land als EU-Mitglied vertrauen. Die Bürgerinnen und Bürger einiger Länder setzen großes Vertrauen in ihr Land, so etwa die Deutschen (76 Prozent), die Niederländer (71 Prozent) und auch die Schweden (66 Prozent). Eher mit wenig Vertrauen begegnen der Rolle ihres Landes in der EU dagegen die Slowaken (46 Prozent) und vor allem die Italiener, deren Misstrauen gegenüber dem eigenen Land (58 Prozent) noch stärker ausgeprägt ist als das gegenüber Deutschland oder Frankreich. Die Franzosen vertrauen zwar mehrheitlich ihrem Land (53 Prozent) – für die Grande Nation und ihre Bedeutung für Europa ist dies aber alles andere als ein Zeichen großen Selbstbewusstseins.

11. RECHTSPOPULISTISCHE TENDENZEN IN EUROPA

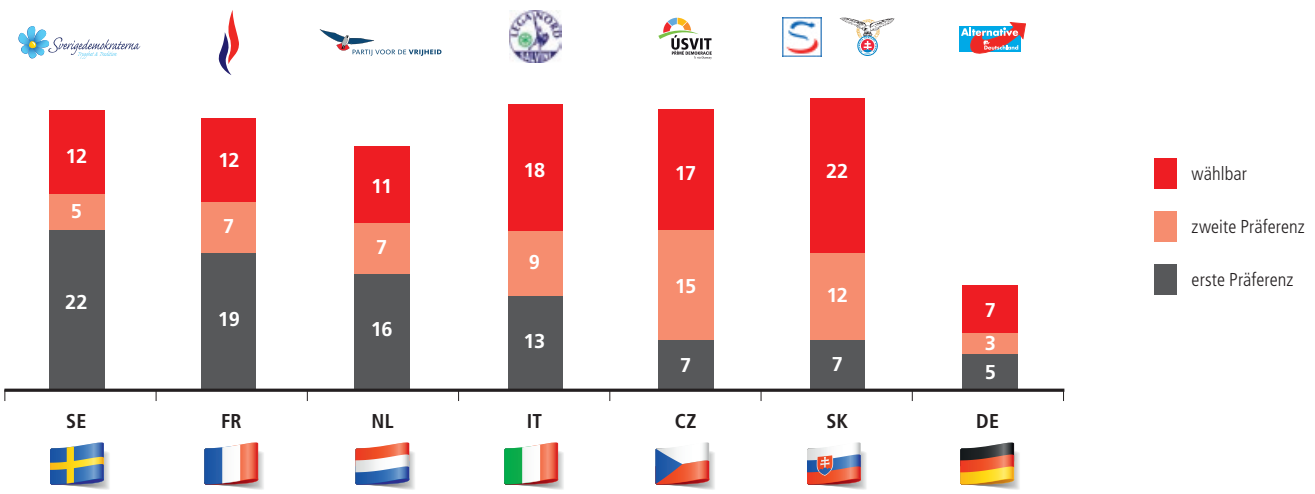
Die Europäische Union steht vor einer ganzen Reihe von schwierigen Herausforderungen. Die vorliegende Studie hat einige für die weitere Entwicklung der EU ermutigende Befunde erbracht, sie enthält aber auch eine Reihe von Ergebnissen, die Anlass zur Sorge geben. Bislang hat die EU diese Herausforderungen nicht zuletzt deshalb recht gut bewältigt, weil es immer wieder gelungen ist, die auch hier sichtbar gewordenen unterschiedlichen Interessen und Erwartungen ihrer Mitgliedsstaaten und ihrer Bürgerinnen und Bürger unter einen Hut zu bringen. Wichtigste Voraussetzung dafür war und ist, dass die der EU gegenüber prinzipiell positiv gestimmten Kräfte sowohl im Parlament als auch im Europäischen Rat – in der EU-Kommission sowieso – klar dominierten. Im 2014 neu gewählten Europäischen Parlament sind die europakritischen Parteien allerdings stark wie nie zuvor. Auf die in den beiden rechtspopulistischen Fraktionen EFDD und ENF zusammengeschlossenen Parteien entfallen knapp 100 der 750 Sitze. Da auch die in der Konföderalen Fraktion der »Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken« (GUE/NGL) zusammengeschlossenen, ebenfalls häufig europakritisch auftretenden sozialistischen und kommunistischen Parteien auf 52 Sitze kommen, ist faktisch permanent eine große Koalition von EVP und der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D) erforderlich, um diesen europakritischen Kräften Paroli zu bieten. Mit den neuen Herausforderungen – der Bewältigung des Flüchtlingsstroms und der Bekämpfung des Terrors – dürfte dies nicht einfacher geworden sein, denn es steht zu befürchten, dass EU-kritische bis -feindliche Kräfte von diesen Entwicklungen profitieren. Dies belegen die Ergebnisse der nationalen Wahlen in Polen und Kroatien, die rechtspopulistischen Parteien zu Mehrheiten verhalfen, und auch das Erstarken der Front National bei den Regionalwahlen in Frankreich im Dezember 2015.

Dass dies keine Einzelfälle sind, belegen in geradezu ernüchternder Weise die vorliegenden Ergebnisse in Bezug auf das Wählerpotenzial rechtsnationaler Parteien. Das Potenzial setzt sich zusammen aus drei Gruppen:

- Bürger, denen diese Parteien derzeit am meisten zusagen und denen sie deshalb auch bei einer nationalen Wahl ihre Stimme geben würden
- jene, die zwar eine andere Partei als erste Präferenz benannten, rechtspopulistische Parteien aber als Zweitpräferenz nannten, falls erstere nicht antreten würde
- und schließlich die übrigen Wahlberechtigten, für die die Wahl einer (benannten) rechten Partei grundsätzlich in Frage käme.

Aktuell liegen in drei Ländern rechtspopulistische Parteien in der Wählergunst vor den anderen Parteien oder zumindest gleichauf mit den stärksten Parteien. In Frankreich führt die Front National (FN) mit 19 Prozent in der Gunst aller Wahlberechtigten vor Sarkozys Les Républicains/Union des Démocrates et Indépendants (LR/UDI) (18 Prozent) und der Parti Socialiste (PS) (15 Prozent). In den Niederlanden liegt Wilders Partij voor de vrijheid (PVV) mit 16 Prozent gleichauf mit der konservativen Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD) und deutlich vor der sozialdemokratischen Partij van de Arbeid (PvdA) (9 Prozent). In Schweden rangieren die Sverigedemokraterna (SD) mit 22 Prozent nur knapp hinter der Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (SAP), die auf 23 Prozent kommen. In Italien rangierte die Lega Nord mit

Abbildung 20
Europakritische Parteien*



Frage: Parteipräferenz: Welche Partei könnten Sie sich vorstellen am ehesten zu wählen?
Wählbarkeit: Kommt es für Sie grundsätzlich in Frage, die Partei … zu wählen?

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

* Sonderrolle Spanien: Hier gibt es derzeit keine relevante (rechts-)populistische Partei, weshalb Spanien in dieser Abbildung nicht berücksichtigt wird.

Quelle: policy matters

13 Prozent zwar deutlich hinter der regierenden Partito Democratico (PD) (23 Prozent), hinzu kommt aber hier noch die linkspopulistische MoVimento 5 Stelle, die 21 Prozent bevorzugen würden. In Tschechien und der Slowakei rangieren die Úsvit přímé demokracie (»Morgendämmerung der direkten Demokratie«) bzw. die Ľudová strana – Hnutie za demokratické Slovensko (HZDS – »Bewegung für eine demokratische Slowakei«) und Slovenská národná strana (SNS – »Slowakische Nationalpartei«) zwar deutlich hinter den regierenden Parteien, können aber immerhin mit der Unterstützung von jeweils sieben Prozent der Wahlberechtigten rechnen. Dagegen nehmen sich die fünf Prozent der Deutschen, die die Alternative für Deutschland (AfD) präferieren, bescheiden aus, allerdings verzeichnete auch diese Partei zuletzt im Zuge der Flüchtlingsdebatte kontinuierlichen Zulauf. Eine Sonderstellung nimmt Spanien ein, wo es derzeit keine relevante rechtspopulistische oder gar rechtsradikale Kraft gibt.

Ein weiteres Erstarken rechter Parteien ist nicht auszuschließen, denn zusammen mit denjenigen, die die jeweilige rechte Partei als Zweitpräferenz nannten, beträgt deren Wählerreservoir in sechs der acht Staaten immerhin zwischen 20 und 30 Prozent. Nimmt man schließlich noch diejenigen hinzu, die sich vorstellen können, einer dieser Parteien die Stimme zu geben, so liegt das weiteste Wählerpotenzial dieser Parteien in fünf Ländern (Slowakei, Italien, Tschechien, Schweden und Frankreich) um die 40 Prozent, in den Niederlanden immerhin noch bei 34 Prozent. Nur in Deutschland scheinen die Hürden für rechtspopulistische oder rechtsradikale Kräfte noch relativ intakt zu sein. Dort kommen zu den fünf Prozent Wählern der AfD nur noch drei Prozent hinzu, die die AfD als Zweitpräferenz angeben und lediglich weitere sieben Prozent können sich prinzipiell vorstellen, sie zu wählen. Das weiteste Wählerpotenzial der AfD liegt insgesamt bei 15 Prozent, dabei im Osten mit 20 Prozent deutlich höher als im Westen mit 13 Prozent. In Deutschland wie in den übrigen sechs Ländern (Spanien wiederum ausgenommen) rekrutieren sich die Wählerinnen und Wähler dieser Parteien bevorzugt aus der unteren Schicht. Dies lässt darauf schließen, dass diese Gruppen ihre Interessen von den etablierten Parteien nicht mehr ausreichend vertreten fühlen – nicht zuletzt und vor allem in der Flüchtlingspolitik.

Es wäre aber zu kurz gegriffen, die Bereitschaft, einer rechtsradikalen oder rechtspopulistischen Partei die Stimme zu geben, nur als Ausdruck des Protests zu interpretieren. Bei der Befragung zur Parteikompetenz wurde deutlich, dass ihre Wählerinnen und Wähler diesen Parteien längst auch Lösungskompetenzen in Bereichen zuschreiben, die diesen Gruppen besonders am Herzen liegen – darunter wiederum der Bereich, der ihnen durchweg am wichtigsten ist: in der Flüchtlingsfrage. Da nach der Wahl in Polen jetzt in allen vier Visegrád-Staaten Parteien Regierungsverantwortung tragen, die in der Flüchtlingspolitik eher zuwanderungskritische bis -feindliche Positionen einnehmen, dürfte eine Einigung in dieser für die Handlungsfähigkeit der EU – vielleicht sogar für deren Bestand – so wichtigen Frage noch schwieriger geworden sein.

12. FAZIT: DER WEG DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION WIRD EIN STEINIGER SEIN

2015 war für die Europäische Union ein schwieriges Jahr. Die Euro-Krise steuerte in der ersten Jahreshälfte auf einen neuen Höhepunkt mit einem möglichen Grexit zu, der gerade noch abgewendet wurde. Der Ukraine-Konflikt dauert an, in dem sehr unterschiedliche Interessen und Erwartungen der EU-Partner deutlich geworden sind. Und seit August stellt die Frage, wie die EU auf den Flüchtlingszustrom reagieren solle, die bislang wohl größte Herausforderung für die Europäische Union dar. Da die Divergenzen in diesem Punkt in keiner Weise ausgeräumt sind, gibt es schon erste Warner, die den Bestand der EU als gefährdet ansehen.

Diese Turbulenzen finden ihren Ausdruck auch im Meinungsbild der Bevölkerung in den acht betrachteten Staaten. Die vorliegende Studie verdeutlicht, dass die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf die Zukunft der EU in einer Reihe von Punkten zum Teil deutlich auseinandergehen – wie etwa in der Frage der Arbeitnehmerfreizügigkeit oder in Bezug auf die Berechtigung zum Erhalt von Sozialleistungen. Für den Zusammenhalt der EU nicht gerade förderlich dürfte auch sein, dass in einer Reihe von Ländern die Bürgerinnen und Bürger in der EU eher ein Risiko denn eine Chance sehen und vor allem, dass die EU heute unisono eher mit sinkendem als mit steigendem Wohlstand assoziiert wird. Angesichts der Fülle von Problemen, vor die sich die EU gestellt sieht, ist es auch alles andere als beruhigend, dass der Politik zunehmend weniger zugetraut wird, mit all diesen Problemen fertig zu werden. Speziell die konservativen und die sozialdemokratischen Parteien haben doch erkennbar an der ihnen jeweils zugeschriebenen Lösungskompetenz eingebüßt. In diese Vertrauenslücke stoßen zunehmend rechtspopulistische bis rechtsradikale Parteien vor, deren Erstarken – zuletzt etwa in Polen – einen europäischen Konsens in entscheidenden Fragen erschwert.

Die Studie gibt aber auch Anlass zu Optimismus. So steht die EU nach wie vor für Demokratie, politische Stabilität und Frieden, was in Zeiten zunehmender Krisen im näheren Umfeld der EU ein wichtiges Kapital darstellt. Zudem gibt es eine Reihe von Politikfeldern, in denen eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger eine originäre Zuständigkeit der Europäischen Union sieht, weil diese Probleme ihrer Überzeugung nach nur gemeinsam gelöst werden können. Anlass zu Optimismus gibt auch die insgesamt europafreundliche Einstellung der Deutschen. Angesichts der Herausforderungen, die die erwähnten Krisen gerade für Deutschland bedeuten, ist es ein beruhigender Befund, dass die Deutschen nach wie vor in der EU-Mitgliedschaft ihres Landes mehr Vor- als Nachteile sehen. Auch die Tatsache, dass sie die Rolle Deutschlands als wichtigster Nettozahler in der Überzeugung akzeptieren, dass Deutschland als ausgeprägte Exportnation großes Interesse an einem funktionierenden Europa hat, gibt wenig Ansatzpunkte für Anti-EU-Polemik.

Für den Zusammenhalt in der EU von großem Belang dürfte auch der erfreuliche Befund sein, dass eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in den Partnerstaaten den beiden Führungsnationen Deutschland und Frankreich großes Vertrauen entgegenbringt. Die seit der Finanz- und Wirtschaftskrise Ende der 2010er Jahre gewachsene Bedeu-

tung Deutschlands hat offenbar nicht zu gesteigerter Distanz oder Misstrauen gegenüber Deutschland geführt. Dies gilt ebenfalls, wenn auch nicht in gleichem Maße, für Frankreich, das gemeinsam mit Deutschland als Garant für die europäische Integration fungiert. Dass Frankreichs Rolle als Führungsmacht allerdings zuletzt etwas gelitten hat, findet seinen Ausdruck nicht zuletzt darin, dass das Vertrauen der Franzosen in ihr eigenes Land nicht sonderlich ausgeprägt ist. Die führende Rolle, die Frankreich nach den Terroranschlägen in Paris beim Kampf gegen den Terrorismus einnimmt, könnte aber geeignet sein, verloren gegangenes Selbstvertrauen der Franzosen wieder aufzubauen und die Solidarität der Mitgliedsländer untereinander zu stärken.

LITERATURVERZEICHNIS

TNS OPINION & SOCIAL (2015): *Eurobarometer 83, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Erste Ergebnisse.* Brüssel: Europäische Kommission.

Impressum:

© 2016
Friedrich-Ebert-Stiftung
Herausgeber: Abteilung Internationaler Dialog
Internationale Politikanalyse
Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin
www.fes.de/ipa
Bestellungen/Kontakt: info.ipa@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ISBN: 978-3-95861-383-6

Titelmotiv: © shutterstock / Christian Mueller, just in print
Gestaltung: www.stetzer.net
Druck: www.druckerei-brandt.de

Januar 2016

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

www.fes.de/de/politik-fuer-europa-2017plus/